Posener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł., in den Ausgabestellen 5,25 zł. Postbezug (Pol. u. Danzig) 5,36 zł. Ausland 3 Rm. inschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł., mit illustr. Beilage 0,40 zł. Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 13,5 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 60 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblatts", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.

Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild" — „Die Welt der Frau" — Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde"

67. Jahrgang — Sonnabend, den 9. Juni 1928 — Nr. 130

Republik Polen.

Litauischer Besuch.

Warschau, 6. Juni. Gestern ist aus Kowno der bekannte Professor der Kownoer Universität A. Herbaczewski hier eingetroffen. Prof. Herbaczewski wird bis Ende Juni in Polen weilen und in dieser Zeit eine Reihe von Vorträgen über die literarische und kulturelle Bewegung in Litauen halten.

Textilstreik erst im Herbst geplant.

Lodz, 8. Juni. Obwohl in Lodzer Arbeiterkreisen starke Gärungen vorhanden sind, wird für die nächste Zeit doch nicht mit einem Textilstreik in Lodz gerechnet. Die Vertreter der Arbeiterschaft halten die gegenwärtige Konjunktur noch nicht für günstig. Die Hauptschlacht um die Erhöhung der Löhne soll sich erst im Herbst beim Beginn der Wintersaison abspielen. Gegenwärtig ist damit zu rechnen, daß die Arbeiter auf eine Lohnerhöhung von 6 oder 7 Prozent eingehen werden.

Die Mitglieder der Landkommission.

Warschau, 6. Juni. Die Agrarkommission hat in ihrer gestrigen Sitzung die Liste der Mitglieder der Landkommission festgelegt, die von der Verfassung als Beratungsorgan beim Hauptlandamt berufen ist. Von der Gruppe des Großgrundbesitzes ist auf Antrag des Regierungsblocks Zygmunt Leszczyński, als Stellvertreter der Abg. Wańkowicz in die Kommission berufen worden, von der Gruppe der Kleingrundbesitzes auf Antrag des Regierungsblocks der Abg. Hyla, auf Antrag der Wyzwolenie der frühere Abg. Lypacewicz, zu Stellvertretern Wacław Malinowski von der Wyzwolenie und Julian Pawlikowski vom Ukrainischen Klub, von der Gruppe der Landlosen Abg. Mizki von der P. P. S. und zum Stellvertreter Abg. Ciszak vom linken Flügel der nationalen Arbeiterpartei.

Freigesprochen.

Warschau, 6. Juni. Die „Wiadomości parafji wszystkich Świętych", die vom Prälaten Godlewski redigiert werden, hatten am 26. November 1927 einen Artikel über das geheimnisvolle Verschwinden des Generals Zagórski gebracht. Dieser Artikel schloß mit der Frage, weshalb die Behörden in dieser Angelegenheit schwiegen. Der Artikel wurde beschlagnahmt und gegen den Prälaten Godlewski ein Prozeß angestrengt. Das Bezirksgericht hat nun unter Vorsitz des Richters Rożycki in neuer Verhandlung das Urteil des Friedensgerichts aufgehoben, so daß also der Prälat Godlewski freigesprochen ist.

Tages-Spiegel.

Die Funkstation der „Citta di Milano" hat am Donnerstag Funksprüche aufgefangen, die nach Ansicht der Sachverständigen unbedingt von der „Italia" stammen müssen. Eine genauere Verständigung war infolge atmosphärischer Störung jedoch nicht möglich.

*

Zwischen Aegypten und Afghanistan ist ein Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden.

*

Ein Radioamateur in Skagen will am Donnerstag abend „SOS"-Rufe der „Italia" gehört haben.

*

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer Verschwörung zum Sturze der Republik durch die Lissaboner Polizei wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und einige Verschwörer bereits in die Verbannung geschickt.

*

Das Flugzeug „Kreuz des Südens" ist am Donnerstag nachmittag von den Fidschi-Inseln zum letzten Abschnitt des Transpazifikfluges aufgestiegen.

*

Auf den japanischen Premierminister wurde ein Mordanschlag verübt. Ein Mann in Arbeiterkleidung wollte den Minister auf einer Eisenbahnstation mit einem Dolch erstechen. Durch rasches Eingreifen der Polizei wurde er an der Ausführung der Tat gehindert.

*

Gestern explodierte bei einer Uebung des Sperrversuchskommandos östlich Schleimünde aus ungeklärter Ursache auf dem Minenleger C. 12 ein Sprengkörper. Es wurden 6 Soldaten tödlich und 4 Mann schwer verletzt.

*

Aus Peking sind gestern die letzten Nordtruppen abgerückt. Heute werden die Südtruppen die Stadt besetzen.

*

In Rio de Janeiro wurden 7 Fälle von gelbem Fieber festgestellt, davon 4 mit tödlichem Ausgang.

Genfer Beschlüsse.

Vertagung des polnisch-litauischen Konflikts. — Einigung in der Szent-Gotthard-Angelegenheit. — Herr Zaleski Sachverständiger im griechisch-albanischen Minderheitenstreit.

Genf, 6. Juni. Der Völkerbundsrat hat in der heutigen Nachmittagssitzung nach Ablehnung eines Entschließungsentwurfs des Ratspräsidenten und eines zweiten Entschließungsentwurfs von Woldemaras in namentlicher Abstimmung eine Entschließung Chamberlains angenommen, in der lediglich erklärt wird, daß der Völkerbundsrat den Beschluß faßt, die Frage der Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats zu setzen und den Berichterstatter, den holländischen Außenminister, beauftragt, auf der Septembertagung einen neuen Bericht über den Stand der Verhandlungen zwischen Polen und Litauen dem Rat vorzulegen.

Chamberlain brachte eine Resolution ein, derzufolge der Rat in seiner Septembertagung einen neuen Bericht über den Fortgang der Verhandlungen entgegennehmen sollte und den Wunsch aussprach, daß die Parteien in der Zwischenzeit zu greifbaren Ergebnissen gelangten. Demgegenüber verlangte Woldemaras in einem Entschließungsentwurf, daß so bald wie möglich zur Wiederherstellung des Friedens in Osteuropa der Dezemberbeschluß des Rates in seiner gesamten Ausdehnung durchgeführt werde. Das bedeutete, daß er auch das Wilna-Problem wieder angeschnitten wissen wollte. Ueber die beiden Resolutionsentwürfe wurde namentlich abgestimmt, und zwar wurde Woldemaras Antrag einstimmig abgelehnt. Chamberlains Resolution, die zur Annahme Einstimmigkeit finden mußte, wurde durch die einzige Stimme des finnischen Vertreters abgelehnt. Daraufhin legte Chamberlain mit einer kurzen, knappen, sehr energischen Erklärung einen neuen Resolutionsentwurf vor, in dem gesagt wird, daß der Rat auf die Tagesordnung der Septembersession die Beratung über die litauisch-polnischen Beziehungen setzt. Dieser Entschluß, der einstimmige Annahme fand, bedeutet, daß das gesamte polnisch-litauische Problem von jetzt an in neuer schärferer Form existiert und auf der Septembertagung von Grund auf mit allen seinen Konsequenzen verhandelt werden kann und wahrscheinlich auch werden wird.

Genf, 7. Juni. Die heutige zweite Geheimsitzung des Völkerbundsrates über die Berichte des Dreierausschusses zum Zwischenfall von Szt. Gotthard und zur evtl. Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten hat über eine Stunde gedauert und zu einer Einigung in dem Sinne geführt, daß der Rat in einer Entschließung sein Bedauern über den versuchten Waffenschmuggel aussprechen wird. Ferner einigte man sich über einige Aenderungen in dem Bericht über die Befugnisse des Ratspräsidenten. Trotz der Aenderungen bleibt irgend ein Exekutivrecht des Ratspräsidenten auch fernerhin ausgeschlossen.

Genf, 5. Juni. Der Völkerbundsrat hatte beschlossen, für die neun oberschlesischen Fragen einen Dreier-Ausschuß einzusetzen, bestehend aus dem holländischen Außenminister Belaerts van Blookland, dem Vertreter von Kolumbien, Urutia, und dem italienischen Delegierten Scialoja. Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, auf Grund der letzten Entscheidung des Internationalen Haager Schiedsgerichtshofes über die Teilnahme an den deutschen Minderheitsschulen in Oberschlesien jetzt eine grundsätzliche Regelung zu finden, die dann als Muster für die Zukunft Anwendung finden soll. Berichterstatter für die oberschlesischen Schulfragen ist der Delegierte von Kolumbien, Urutia. Der holländische Außenminister suchte zunächst die ihm angebotene Beteiligung an dem Dreier-Ausschuß abzulehnen, unter Hinweis auf die außerordentlich schwierigen Fragen, mit denen sich der Dreier-Ausschuß zu beschäftigen haben wird, nahm jedoch schließlich den Auftrag des Rates an.

Herr Politis tritt auf.

Genf, 6. Juni. In der Dienstag-Vormittagsitzung des Völkerbundrates gab der griechische Völkerbundsdelegierte Politis bei der Erörterung der Klage der albanischen Regierung gegen Griechenland wegen Verletzung der Minderheitenrechte der albanischen Bevölkerung in Griechenland eine Erklärung ab, in der er seine Auffassung über die grundsätzlichen Rechte und den Schutz der Minderheiten sowie die Entwicklung der Minderheitenbewegung vor dem Rat darlegte. Politis bestritt zunächst Albanien jedes Recht, auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundspaktes den Völkerbund mit dieser Minderheitenangelegenheit zu befassen. Auf Grund der Minderheitenverträge hätten nur die Mitglieder des Rates das Recht, Minderheitenfragen vor den Rat zu bringen. Keine Regierung sei berechtigt, sich in die Minderheitenfragen eines anderen Landes einzumischen. Das Ziel des Minderheitenschutzes sei nicht, diesen für die Ewigkeit weiterbestehen zu lassen, sondern ihm lediglich die Möglichkeit zu geben, mit der nationalen Mehrheit des herrschenden Volkes zu verschmelzen. (!) Es sei die Pflicht des Völkerbundes, allen Bestrebungen Widerstand entgegenzusetzen, die darauf hinausliefen, die Minderheiten zu einem ewigen Gegner ihrer Wohnstaaten zu machen. Artikel 11 dürfe deshalb nur dann angewandt werden, wenn wirklich große internationale Gefahren vorlägen. Die tendenziöse Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Länder müßte ein für allemal unmöglich gemacht werden. Die Minderheitenbewegung habe in den letzten Jahren eine beunruhigende Entwicklung genommen und sei allmählich zu einer Gefahr geworden. Die Minderheitenbestimmungen der Friedensverträge seien lediglich gemacht, um auf diesem Wege loyal gewisse vorhandene Schwierigkeiten zu beseitigen.

Zaleski soll über die albanische Minderheit berichten.

Genf, 6. Juni. Nach einer kurzen Erklärung des albanischen Delegierten beschloß der Rat, den polnischen Außenminister Zaleski mit der Abfassung eines Berichtes in dieser Angelegenheit zu beauftagen, und zwar noch während dieser Tagung des Rates.

Genf, 6. Juni. Es hat stark befremdet, daß der Völkerbundsrat im Zusammenhang mit dem griechisch-albanischen Konflikt den polnischen Außenminister Zaleski zum Berichterstatter in dieser Minderheitsfrage ernannt hat, tritt doch Zaleski selber bei der Behandlung der Minoritätenprobleme in Genf als Partei auf. Der deutsche Staatssekretär Dr. v. Schubert, der bei den Genfer Verhandlungen den erkrankten Reichsaußenminister vertritt, hat deshalb auch, wie die dem Auswärtigen Amt nahestehende „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz" mitteilt, dem Generalsekretär des Völkerbundes sein Erstaunen über diese Maßnahme ausgedrückt.

*

Politis befindet sich mit seinen Ansichten in der Reihe großer Politiker allein. Es steht außer Zweifel, daß die Schöpfer des Völkerbundes für die Regelung der Minderheitsfragen eine fundamentale Fassung forderten, die einen dauernden Bestand gewährleistete. Robert Cecil, Wilson, ja selbst Clemenceau, also Politiker großen Formats, haben zweifellos diesen Gedankengang bejaht. Man darf sich aber nicht wundern, daß Politis obige Anschauungen vertritt, denn schließlich ist er gezwungen, die Interessen seines Staates in allen Streitfragen zu vertreten. Er urteilt daher vom Standpunkt einseitiger Befangenheit. Schon die Tatsache, daß er hauptsächlich Albanien das Recht bestreitet, sich an den Völkerbund zu wenden, aus formalen Gründen, ihm also grundsätzlich den Rechtsweg abschneiden will, beweist, daß er sich fürchtet, in der Sache selbst kein klares und anerkanntes Recht zu vertreten. Auch wir sind der Meinung, daß die Minderheiten keineswegs dauernd Gegner ihrer Wohnstaaten zu sein brauchen, aber die richtige Methode zur Erreichung dieses Ziels ist nicht Gewalt und Entrechtung, sondern gemäß der hohen Ideale, die der Völkerbund oft genug ausgesprochen hat, die Befriedung der Minderheiten. Eine Befriedung der Minderheiten wird aber nur dann eintreten, wenn die Minderheitenverträge tatsächlich vom Wohnstaate sinngemäß ausgeführt werden. Nicht neues Unrecht schafft Frieden, sondern Rechtsgewährleistung in weitestem Ausmaß schafft loyale Staatsbürger, wie sie sich Herr Politis und manche Staaten wünschen. Große Ideen können reaktionäre und in ihren engen staatlichen Anschauungen befangene Politiker wohl bremsen, aber nicht aufhalten. **Immer noch hat die Idee gesiegt über Willkür und schlecht verstandenen Eigennutz.**

Herr Dombski und andere Auffälligkeiten

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Der Abgeordnete Dombski, Führer der radikalen Bauerngruppe, war einmal ein für Polen sehr wichtiger Mann. Er ist Vizeminister im Ministerium des Aeußern gewesen und hat den so sehr bedeutungsvollen Frieden mit Sowjetrußland zustande gebracht, der nach dem mißglückten Einfall der Russen in Polen im Jahre 1920 zu Riga abgeschlossen worden ist. Seitdem wäre Dombski, ein Mann von großen Gaben, aber noch größerem Ehrgeiz, sehr gern wieder einmal Minister des Aeußern geworden. Es ist ihm nicht gelungen, wenn wir auch zugeben, daß seine Talente bei etwas größerer Mäßigung dem Lande großen Nutzen hätten bringen können. Herr Dombski hat sich leider stets mehr demagogisch entwickelt. Daß er in der Frage der Landenteignung ganz den Standpunkt einnimmt, die Enteignung müsse ohne Entschädigung geschehen, versteht sich unter solchen Umständen von selbst. Er ist also in dieser Hinsicht kommunistisch veranlagt, wie seine politischen Vettern von der Wyzwolenie ebenfalls. Er will aber auch ganz offen die Landenteignung, die eine Parzellierung des Grundbesitzes bis auf 180 Hektar zuläßt, zunächst einmal, wie er mit schätzenswerter Offenheit heraussagte, dazu benutzen, um die ehemaligen deutschen Landesteile gänzlich von Deutschen zu säubern. Also in dieser Hinsicht ist Herr Dombski wieder Nationalist vom trübsten Wasser. Was bisher in dieser Hinsicht bereits geschehen ist, genügt diesem Herrn nationalistischen Kommunisten also noch lange nicht! Nun kommt eine neue Seite Dombski zum Vorschein, die man in Polen noch nicht gekannt hat, und deren Anblick die polnischen Parteien mit geringen Ausnahmen in ein gelindes Entsetzen stürzen. Herr Dombski will die Pilsudskianhängerschaft stürzen und mit ihr den Marschall. Das wollen andere Parteien auch. Aber die Mittel Dombskis sind eigenartig. Er will der widerspruchsvollen Vereinigung, auf die sich die Regierung stützt, der sogenannten „Jedynka" (der „1", nach der Zahl ihrer Wahlliste) eine andere „Jedynka" gegenüberstellen, die der Tod der ersteren werden soll. Diese neue „Jedynka" soll alle radikalen Bauern umfassen und schließlich auch die radikalen Arbeiterelemente an sich heranziehen. Der Plan ist groß angelegt. Aber wird er gelingen? Was zunächst Herr Dombski Ueberraschendes in der Ausführung seines Planes begonnen hat, ist geeignet, ihm eher die ganz und gar nicht unpatriotischen Bauern in Polen zu entfremden, als sie ihm zuzuführen. Er hat nämlich während seiner Rede zum Budget (nach den Worten der „Gazeta Warszawska") sich mit einem gewinnenden Lächeln dem ukrainischen Führer Lewicki zugewandt und ihm ganz deutlich und gerade heraus erklärt, es gäbe zwischen den ukrainischen und den polnischen Bauern keine Gegensätze. Und er sei jederzeit bereit, über die „gemeinschaftliche Grenze eines ukrainischen Staates und des polnischen Staates mit sich reden zu lassen". Mit anderen Worten, Dombski, der im Frieden mit Rußland die Grenze hat feststellen helfen, will jederzeit bereitwillig seine Hilfe dazu verleihen, diese Grenze wieder aufzuheben und zu Polen gehörende von Ukrainern bewohnte Landesteile herauszugeben, damit die Ukrainer ihr Ideal, einen freien und selbständigen Staat zu bilden, verwirklichen können. Eine sehr ernste und wich-

tige Aeußerung, der man die größte Bedeutung beimessen müßte, wenn sie nicht eben aus Verärgerung und zu rein demagogischen Zwecken ausgesprochen worden wäre. Rein politisch genommen, messen wir ihr keinerlei Wirkungskraft bei, eben aus dem sehr wichtigen Grunde, daß Dombski bei seinen eigenen radikalen Bauern auf Widerstand stoßen würde, wenn es ihm einfallen sollte, diese Idee unter seiner Wählerschaft progagieren zu wollen. Selbstverständlich ist man in Polen außer sich über diese Aeußerung, und die „Gazeta Warszawska" z. B. fragt, wie Dombski solche Worte mit seinem Eid als Abgeordneter vereinen könne. Das Pilsudskiblatt, „Glos Prawda", prophezeit ihm den moralischen Tod. Und so und ähnlich tönt es ihm aus den verschiedenen Blättern entgegen. Es ist nun leider nicht zu leugnen, daß die großen, gegen die national-kommunistischen Ukrainer geführten Prozesse, die Hunderte von Jahren Zuchthaus auf die Angeklagten häuften und vier von ihnen lebenslänglich hinter die finsteren Mauern des Zuchthauses brachten, zur Radikalisierung der ukrainischen Massen mehr beitragen, als alle Reden der ukrainischen Propagandisten dies vermöchten. Und diese Strömung zum Radikalen, also zur Lostrennung von Polen hin, erhält durch solche Aussichten, wie sie Dombski hinmalt, naturgemäß ihre starke Nahrung. Die Entrüstung, wie sie durch die Worte Dombskis entfesselt worden ist, läßt sich also leicht begreifen.

Nun aber scheint innerhalb der „Jedynka" auch nicht alles eitel Freundschaft und Einigkeit zu sein. Es gehen allerhand Dinge vor, über die man sich nicht recht einen Vers machen kann. Die sogenannten „Sanierer", also der Kern der Anhängerschaft Pilsudskis, und die Mitglieder des Klubs der Arbeit haben sich innerhalb der „Jedynka" besonders aneinandergeschlossen, und sie haben die Absicht, eine besondere Propaganda im Lande zu führen, angeblich zur Stärkung der „Jedynka" und ihrer demokratischen Prinzipien. Bei dieser demokratischen Prinzipienstärkung stehen aber zunächst einmal die Konservativen, also die Herren, Fürsten, Grafen, Großindustriellen und Großhändler bei Seite. Es sieht genau so aus, als ob nun dem Konservatismus oder, besser gesagt, der „Reaktion" innerhalb der „Jedynka" ein fest umrissenes demokratisches System entgegengestellt werden solle. Als ein solches demokratisches System gilt aber den Demokraten der Parlamentarismus, also das Gegenteil von einer Diktatur. Nun hat zwar der Fürst Radziwill in einer schönen Rede zu beweisen gesucht, daß in Polen nichts bestände, was einer Diktatur auch nur ähnlich sehe. Aber er ist ein Fürst und Großgrundbesitzer, und was solchen Herren bereits als blutig rot erscheint, halten weniger von der Allmacht gesegnete Persönlichkeiten noch für sonnenreinstes Himmelblau der Parteiansicht. Nehmen wir z. B. einmal die Pressegesetze, über deren Wirkung sich selbst die an reaktionäre Ideen gewöhnten Herren der Rechten entsetzen. Sind diese Pressegesetze nun demokratisch oder diktatorisch? so möchten wir den Fürsten fragen. Die weitaus größte Mehrheit des Sejm hält sie für nichts weniger als demokratisch. Die Kommission hat beschlossen, im Sejm den Antrag zu stellen, daß „Beschlüsse des Sejm Gesetzeskraft erhalten". Mit anderen Worten also, daß die bereits im September vorigen Jahres beschlossene Ablehnung der Pressedekrete die Abschaffung dieser Dekrete bedeute. Das Plenum wird sich demnächst mit dieser Sache zu befassen haben. Außerdem — doppelt genäht hält besser — wird man nochmals einen Antrag auf Abschaffung der Pressedekrete einbringen. Es ist anzunehmen, daß dies bei der Beratung des Budgets des Justizministers im Sejm geschehen werde. Aber wird die Regierung die Diskussion dieser heiklen Frage zulassen? Vielleicht ja, denn Marschall Pilsudski ist immer noch gezwungen, sich von den Arbeiten zurückzuhalten. Es ist also wohl anzunehmen, daß dem Sejmmarschall Daszyński die Energie eigen wird, und er noch während der Budgetberatungen an einem der für solche Initiativanträge reservierten Vormittage die Beratung für diese Pressedekrete und die damit zusammenhängenden juristischen Fragen ansetzen werde.

Von der oberschlesischen Anleihe.

Warschau, 8. Juni. Wie polnische Blätter melden sind am 5. Juni in Neuyork die Zeichnungslisten für die Anleihe der schlesischen Wojewodschaft in Höhe von 11 200 000 Dollar ausgelegt worden. Ein Teil der Anleihe ist in der Schweiz, in Schweden, Holland, England und Polen untergebracht.

Stellungnahme des Deutschen Parlamentarischen Klubs zum Budget des Ministeriums für Kultus und Unterricht.

Rede des Abg. Utta in der Sejmsitzung vom 2. Juni 1928.

(Schluß.)

Wegen der erwähnten Bedrückung unserer Schulen und Vernichtung unserer Bethäuser wurden dem Ministerium unzählige Klagen vorgelegt. Wegen dem Bethaus in Ksjawerow habe ich am Anfang November v. Js. an den Herrn Minister eine Interpellation gerichtet.

Alles bleibt ohne Antwort.

Solange sich solche Fälle der Bedrückung unserer kulturellen Einrichtungen wiederholen werden, kann von einem friedlichen Zusammenleben und einer Mitarbeit mit der Regierung keine Rede sein. Mehrere Herren von dem Regierungsblock haben ihre Verwunderung über unsere Stellungnahme zum Budget ausgedrückt. Aus alledem, was ich eben gesagt habe, muß es Ihnen, meine Herren, klar sein, daß wir, wenn wir uns selbst achten wollen, nicht anders handeln können. Wenn die Regierung auf alle unsere Klagen nicht reagiert und zur Besserung der traurigen Verhältnisse nichts unternehmen will, so sind wir leider nicht in der Lage, sie zu unterstützen. **Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite.** Ich glaube, solange im Ministerium Personen sitzen, die von den führenden Ministern Glabiński und Stanislaw Grabski gelernt haben, wie sie unser Schulwesen zerschlagen sollen, solange wird es keine Besserung der Verhältnisse geben. Deshalb wende ich mich an den Herrn Minister mit dem dringenden Ersuchen, von der Zentrale angefangen, alle diejenigen Beamten, die durch das alte chauvinistische System die deutsche Bevölkerung erbittern und reizen, abzusetzen. Wenn es möglich sein wird, werden wir, wie das von dem Regierungsblock gefordert wurde, eine Besserung der Verhältnisse mit Freuden konstatieren, und mit der Regierung mitarbeiten. Wir erwarten, daß uns die Regierung durch die Aenderung ihrer Stellungnahme zu unseren Nöten und Bedürfnissen die Mitarbeit ermöglichen wird.

Darauf ergriff der Herr Unterrichtsminister Dobrucki das Wort und führte u. a. folgendes aus: Meinem Vorredner fehlt es an Statistik, somit wollte ich ihm darin etwas aushelfen. Was die deutsche Bevölkerung anbelangt, so muß Polen in drei Gebiete eingeteilt werden: ein Gebiet, auf welchem der Minderheitenvertrag verpflichtet, das ist Posen und Pommerellen, dann Oberschlesien, wo das Schulwesen durch die Genfer Konvention besonders geregelt ist, und zuletzt der Rest des polnischen Staates, wo weder der Minderheitenvertrag noch die Genfer Konvention verpflichten. (Abg. Utta: **Aber die Verfassung verpflichtet!**)

Ja, die Verfassung verpflichtet.

In den Wojewodschaften Posen und Pommerellen gibt es 382 selbständige deutsche Schulen unter eigener Leitung, die von 20 516 deutschen Kindern besucht werden. Bei 140 Schulen, die von 6104 Kindern besucht werden, bestehen unter der allgemeinen Leitung deutsche Abteilungen. Dort, wo es keine Bedingungen zum Erhalten einer besonderen deutschen Schule gibt, erhalten die deutschen Kinder auf Staatskosten Deutschunterricht als Gegenstand, und zwar in 150 Schulen, was 21 687 Kinder betrifft. Dort, wo die deutsche Sprache als Gegenstand infolge der kleinen Kinderzahl nicht unterrichtet wird, erhalten die Kinder Religionsunterricht in deutscher Sprache, dies betrifft 250 Schulen und 5327 Kinder. Private deutsche Schulen und Abteilungen waren 69, die von 3420 Kindern besucht werden. Hausunterricht erhalten 251 Kinder. Somit erhalten 30 291 Kinder, d. h. 77.5 Prozent, den Unterricht in deutscher Sprache. Deutsch als Gegenstand und Religion in deutscher Sprache erhalten 8014 Kinder oder 20.5 Prozent. Ohne Unterricht in deutscher Sprache verbleiben 832 Kinder oder 2 Prozent. **Selbstverständlich geht eine schnelle Entdeutschung dieser Wojewodschaften vor sich,** und es fehlt in den Schulen die vorgeschriebene Kinderzahl, d. h. 40, **und die Schulen werden liquidiert. Ich wundere mich nicht,** daß die Deutschen alle möglichen Mittel anwenden, um diese Schulen zu erhalten; so wurden z. B. im Dorfe Murzynki, wo nur 29 deutsche Kinder vorhanden waren und die deutsche Schule geschlossen werden sollte, 11 deutsche Kinder aus Bromberg zugeschickt. Ich weiß nicht, auf wessen Kosten! (Abg. Utta: Ist das ein Vergehen?!) Nein, ich unterstreiche nur diesen Fakt, daß die Deutschen in dieser Beziehung eine lebhafte Tätigkeit entwickeln und daß wir ihnen ein weitgehendes Entgegenkommen erweisen. (Eine Stimme von rechts: Das ist sehr schlecht!) Was Oberschlesien anbelangt, so sind dort besondere Verhältnisse, dort ist ein besonderes Gericht und es stellt sich heraus, daß sich unser Standpunkt sogar vor dem Internationalen Tribunal im Haag behaupten konnte.

Was die übrigen Gebiete Polens anbelangt, d. h. außer Posen, Pommerellen und Oberschlesien, haben wir 180 Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache, die von nahezu 20 000 Kindern besucht werden. Außerdem gibt es 80 private deutsche Schulen mit 4000 Kindern. (Abg. Utta: Herr Minister, sagen Sie uns, wieviel Schulen geschlossen wurden.) Wo eine größere Anzahl von deutschen Kindern vorhanden ist, wird die deutsche Sprache als Gegenstand unterrichtet. Was die dritte Sprache für die Minderheitenschulen anbetrifft, so war das

ein Irrtum, der verbessert werden wird,

und die Fremdsprache wird aus diesen Schulen entfernt werden.

Was die unierte Kirche anbelangt, so kann ich feststellen, daß wir nach den Verhandlungen vom Posener Konsistorium einen Dank erhalten haben. (Abg. Utta: Daß in diesem Dankschreiben ein Vorbehalt enthalten ist, haben Sie wohl vergessen!) Was früher war, weiß ich nicht, dies war aber das Endergebnis.

Erwiderung des Abg. Utta in der Sejmsitzung vom 4. Juni.

Hohes Haus! Die Erklärung des Herrn Abg. Zieliński, daß der Herr Minister alle unsere Klagen zerstreut hat und daß wir diese Tribüne nur zur Agitation im Auslande benützen, zwingt mich, noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich hatte am Sonnabend nur ein Ziel: ganz sachlich die Nöte der deutschen Bevölkerung in Polen zu schildern. Daß meine Rede am Platze war, beweist die Tatsache, daß der Herr Minister mit seiner Antwort uns einen Beweis geliefert hat, daß er davon, was im Lande geschieht,

sehr schlecht informiert

ist. Der Herr Minister meinte, daß mir Statistik fehle. Herr Minister, ich habe Ihnen statistische Daten angeführt. Wenn wir aber Ihren Bericht, der uns in diesen Tagen zugestellt wurde, in die Hand nehmen, so sehen wir, daß dort **keine einzige Zahl über das deutsche Volksschulwesen in Polen genannt ist.** Also, Herr Minister, muß Ihnen diese Statistik fehlen. Dieses habe ich eben als einen großen Mangel unterstreichen wollen. Interessant ist es auch, daß uns der Herr Minister eine Statistik vorgelesen hat, ohne aber zu sagen, welchen Zeitabschnitt sie betrifft. Erst auf eine nachträgliche Anfrage wurde mir mitgeteilt, daß dies eine alte Statistik aus dem Jahre 1925/26 ist. Es ist doch klar, daß sie heute nicht mehr aktuell ist. Der Herr Minister hat durch seine Statistik nur ganz und voll das bestätigt, was ich in meiner letzten Rede gesagt habe. Ich habe es nicht bestritten, daß wir noch Schulen mit deutscher Unterrichtssprache haben, habe aber behauptet, daß diese Schulen die Benennung „deutsche Schulen" nicht verdienen. Durch den ständigen

Druck der Schulinspektoren und Visitatoren

wird ein Teil der Gegenstände bereits in polnischer Sprache unterrichtet und die deutsche Unterrichtssprache wird immer weiter verdrängt. Die Pflege der Muttersprache und der völkischen Eigenart unserer deutschen Kinder wurde aus diesen Schulen fast vollständig entfernt. Wir können deshalb diese halb utraeuisierten Schulen als deutsche Schulen nicht anerkennen.

Ich kehre jetzt zur Statistik zurück. Der Herr Minister sagte uns, daß in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen es 150 Schulen gibt, in denen die deutsche Sprache als Gegenstand unterrichtet wird, und die von 21 687 Kindern besucht werden. Meine Herren, das sind Schulen, in denen 2, 3 bis 4 Stunden in der Woche die deutsche Sprache unterrichtet wird. Vergessen wir nicht, daß in allen polnischen Volksschulen eine Fremdsprache unterrichtet wird. In einer Anzahl von Schulen ist dies die französische Sprache, in einigen wenigen die englische und in den meisten die deutsche. Wenn wir alle diese Schulen, in denen einige Stunden in der Woche Deutsch unterrichtet wird, als deutsche Schulen bezeichnen wollten, wie dies der Herr Minister tut, so kämen wir zu dem lächerlichen Schluß, daß die meisten Schulen in Polen deutsche Schulen sind. Also Sie geben, Herr Minister, zu, daß 21 687 deutsche Kinder polnische Schulen mit ganz unbedeutendem Deutsch-Unterricht besuchen müssen. Weiter sehen wir noch ein viel größeres Kuriosum. Selbst diejenigen Schulen, in denen nicht einmal die deutsche Sprache als Gegenstand unterrichtet wird, sondern nur der Religionsunterricht in deutscher Sprache (das ist 2 Stunden in der Woche) erteilt wird, zählt der Herr Minister zu den deutschen Schulen hinzu. Und dies betrifft 250 Schulen mit 5327 deutschen Kindern. Auf diese Weise kam der Herr Minister zu dem sonderbaren Schluß, daß nur 832 deutsche Kinder ohne Unterricht in deutscher Sprache verbleiben. Ich glaube, daß dies doch

keine ernste Behandlung der Sache

ist. Wir sind der Ansicht, daß als deutsche Schulen nur solche Schulen bezeichnet werden können, die von deutschen Kindern besucht, von deutschen Lehrern geleitet und der Unterricht aller Gegenstände in deutscher Sprache erteilt wird. Außerdem müssen die Sitten und diese völkischen Eigenschaften, die die Kinder in die Schule mitbringen, dort weiter gepflegt werden. Dies zu verlangen, haben wir auf Grund unserer Verfassung ein volles Recht.

Ich behaupte noch einmal, daß die Angaben unseres Präses, daß in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 15 000 deutsche Kinder keinen Deutschunterricht haben, mit der Wirklichkeit übereinstimmen und auf einer im verflossenen Jahre gesammelten genauen Statistik beruhen. Trotz der Hindernisse von seiten der administrativen Behörden und sogar trotz der Forderung, daß unsere Abgeordneten Domherr Klinke und Graebe ausgeliefert werden sollten, waren wir gezwungen, diese Statistik zu sammeln, um solcher Irreführung des Hohen Hauses und der ganzen öffentlichen Meinung genaue Zahlen entgegenstellen zu können.

Weiter habe ich behauptet, daß in dem früheren russischen Teilgebiet von den 536 Schulen, die wir i. J. 1919 hatten, ¾ geschlossen wurden. Der Herr Minister hat zugegeben, daß im Jahre 1925/26 in Kongreßpolen, Wolhynien und anderen russischen Gebieten, sowie auch Galizien und Teschener Schlesien nur noch 180 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache vorhanden waren. Wo ist der Rest der Schulen? Sie sind geschlossen. Somit ist meine Behauptung ganz wahrheitsgetreu. Wenn der Herr Minister eine den Tatsachen entsprechende Statistik des deutschen Schulwesens sammeln wollte, aber nur solche Schulen, die wir als deutsche Schulen anerkennen, so wird er unzweifelhaft uns recht geben und die von dieser Tribüne ausgesprochene Klagen als ganz und voll begründet anerkennen müssen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine Frage berühren, die besonders in den Wojewodschaften Posen-Pommerellen aktuell ist. Dort erlauben sich die polnischen Geistlichen über die Lehrerschaft

die Rolle eines Gendarmen

zu spielen, sie glauben, daß die Zeiten, wo sie Schulinspektoren waren, noch nicht vorüber sind. Als Beweis möchte ich folgenden Fall anführen: Ein Lehrer, namens Hahn, hat nach einigen Jahren des Staatsdienstes seine Stelle aufgegeben und ein Gesuch um Unterrichtserlaubnis in einer privaten deutschen Schule eingereicht. Sowohl der Schulinspektor, als auch die administrative Behörde haben über ihn ein günstiges Gutachten abgegeben. Dies genügte jedoch dem Thorner Schulkuratorium nicht, man hat noch das Gutachten des betreffenden polnischen Geistlichen eingezogen. Dieses Gutachten diente als Grundlage zur abschlägigen Erledigung des Gesuches des erwähnten Lehrers. Eine von ihm im Oktober vorigen Jahres an das Ministerium gerichtete Beschwerde bleibt bis heute trotz mehrmaliger Erinnerung ohne Erledigung. Daß die polnischen Geistlichen besonders die katholischen, unsere deutsch-evangelischen Lehrer nicht leiden können und sie am liebsten aus dem Schulwesen verdrängen möchten, ist einigermaßen begreiflich. Daß sich aber das Ministerium von diesem ihren Haß beeinflussen läßt, dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit Einspruch erheben. Wir haben das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie alle Bürger gleich behandelt und sich von Gutachten der polnisch-katholischen Geistlichen über unsere deutsch-evangelischen Lehrer nicht leiten läßt.

Der Herr Minister unterstrich besonders stark, daß

die Entdeutschung der Westgebiete

rasch vorwärts schreitet und infolgedessen die vorschriftsmäßige Zahl der deutschen Kinder in den meisten Ortschaften nicht vorhanden ist, weshalb die deutschen Schulen geschlossen werden müssen. Herr Minister, ich möchte Sie nochmals bitten, wie ich es vorgestern vom Platze aus getan habe, kommen Sie doch einmal in unsere Gemeinden und überzeugen Sie sich, wie diese **vorschriftsmäßige Zahl 40 künstlich herabgedrückt** wird. Dies wird systematisch und planmäßig von den Schulaufsichtsräten, die doch meistens unter der Leitung der uns feindlich gesinnten polnischen Geistlichen stehen, auf künstliche Art und Weise dadurch erreicht, daß man die deutschen Kinder unter verschiedenen Vorwänden in die polnischen Schulen zerstreut. Dadurch erreicht man zweierlei: 1. verlieren die deutschen Kinder den Unterricht in der Muttersprache und 2. die evangelischen Kinder den Religionsunterricht. Heute schon kommen viele deutsch-evangelische Kinder zum Konfirmandenunterricht und können weder deutsch lesen, noch haben sie von den elementaren Grundsätzen der evangelischen Religion einen Begriff. Man zieht die deutschen Schulen entgegen dem Art. 18 des Gesetzes vom 17. Februar 1922 in das allgemeine Schulnetz hinein und bereitet

die restlose Vernichtung unserer Schulen

vor. Im Namen der deutschen Bevölkerung fordere ich, daß man uns Sammelschulen einzurichten gestattet. Die polnischen Schulbehörden im Bestreben, den Organisationstypus der Schule zu heben, ziehen oft Kinder von einer Entfernung zusammen, die die vorgesehenen 3 Kilometer bei weitem überschreitet. Warum will man das unseren deutschen Kindern nicht gestatten, wenn ihre Eltern damit einverstanden sind und sogar darum bitten? Der Herr Minister hat hier den Fall Murzynki angeführt. Es berührt sonderbar, daß der Herr Minister von einem Fall, wo man 11 Kinder aus anderen Ortschaften zugezogen hat, um die deutsche Schule erhalten zu können, ganz genau unterrichtet ist, während er von Hunderten von Fällen, wo man einen Teil der deutschen Kinder aus der Schule ungesetzlich in eine polnische Schule versetzt hat, um den Typus dieser Schulen zu heben, und die deutschen Schulen zu vernichten, nichts zu wissen scheint. Wir verlangen ferner, daß der Herr Minister bei Erledigung unserer Klagen nicht ohne weiteres den Berichten der Angeklagten glaubt, sondern in jedem Falle von der Zentrale aus eine Untersuchung durchführen läßt und die Schuldigen zur Verantwortung zieht.

Ich muß noch einmal zu der Frage der evangelisch-unierten Kirche zurückkehren. Der Herr Minister erwähnte, daß ihm die Leitung dieser Kirche einen Dank für die Einberufung der konstituierenden Synode ausgedrückt hat, und der Herr Departementsdirektor erklärte heute in seiner Rede, daß er die Einberufung dieser Synode für richtig und begründet erachtet, da die unierte Kirche keine rechtliche Vertretung bisher besaß. Ich bin mit dieser Frage ganz genau vertraut, da ich sie vor einigen Tagen in der Kommission referieren sollte. Die Leitung der evangelisch-unierten Kirche ist gerade entgegengesetzter Meinung. Zum Beweis möchte ich hier einige Abschnitte aus einer Denkschrift dieser Kirche vorlesen. Im Jahre 1923 wurde eine konstituierende Synode dieser Kirche einberufen, die nach Bearbeitung eines Projektes der Verfassung einen Ausschuß gewählt hat. Dieser Ausschuß teilte dem Ministerium folgendes mit: „Die am 1. Dezember 1923 tagende Synode unserer Kirche, zu der unser ganzes Kirchengebiet seine Delegierten entsandt hat, prüfte gründlich die Frage der Verfassung unserer Kirche und ihr Verhältnis zum Staate. Auf der Tagesordnung der Synode stand ein Projekt der Verfassung, welches von der Verfassungskommission der vorletzten Synode aus dem Monat Dezember 1921 ausgearbeitet wurde. Die Synode hat nach einer ausführlichen Diskussion dieses Projekt bestätigt und dadurch die Grundlage zu der unentbehrlichen neuen Organi-

Die Schmach Christi.

Es ist ein seltsames Mißverhältnis in den Seligpreisungen Jesu: auf der einen Seite will er die Friedfertigkeit seiner Jünger, auf der andern stellt er ihnen Verfolgung und Schmach in Aussicht. Für die Liebe, die sie geben sollen, müssen sie Haß, für das Segnen Fluch, für ihren Friedensdienst an der Welt Feindschaft von ihr ernten. Aber das sollte niemand wundernehmen. Haben sie Jesum nicht auch verfolgt und gehaßt für alle Liebe, die er den Menschen getan hat? So das am grünen Holz geschieht, was will am dürren werden? Es ist doch eben mehr als Sprichwort, es ist bittere Wahrheit: „Undank ist der Welt Lohn." Kein Wunder denn, daß Jesus seinen Jüngern Verfolgung und Schmach um seines Namens willen zuvorgesagt hat: „Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn das Himmelreich ist ihr! Selig seid ihr, wenn euch die Menschen um meinetwillen schmähen und verfolgen und reden allerlei übles wider euch, so sie daran lügen! Seid fröhlich und getrost, es wird euch im Himmel wohl belohnet werden. Denn also haben sie verfolgt die Propheten, die vor euch gewesen sind" (Matth. 5, 10—12). Zwar wir Leute von heute sollten gar nicht wagen, uns neben die Märtyrer der Christenheit zu stellen. Gewiß, auch heute werden die „Frommen" verlacht und gering geachtet. Aber wie oft nicht um ihres Heilandes willen, sondern weil an ihnen wirklich allzuwenig von diesem Heiland zu sehen ist! Man soll recht vorsichtig sein mit dem Gerede von der Schmach Christi! In vielen, vielen Fällen ist es die Unart der Christenleute, um derentwillen sie Schmach tragen. Aber wo es wirklich um des Herrn willen geschieht .. und wir denken daran, wie heute in der Welt eine grimme Feindschaft wider das Evangelium sich breit macht, wir denken auch an die Märtyrer des Glaubens in unseren Tagen etwa unter den Armeniern, in den baltischen Landen, in Rußland .. da ist es Ehre, um Christi willen zu leiden. Solche Gemeinschaft des Leidens mit der Propheten des Alten Bundes, ja mit Jesus selbst preist er selig: Da ist Himmelreich, da ist Zugehörigkeit zum Königreich Christi, da ist Erbe der „Gerechtigkeit, des Friedens und der Freude im heiligen Geiste", die Paulus als Güter des Gottesreiches bezeichnet. Solches Leiden ist Herrlichkeit.

D. Blau-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 8. Juni.

Stadtverordnetensitzung.

Zu Beginn der vorgestrigen Beratungen wurde ein neuer Stadtverordneter eingeführt, und zwar der Vorsitzende der Fleischerinnung, Mikolaj Górski, der an die Stelle des verzogenen Ingenieurs Kozielewski von den Nationaldemokraten tritt.

Es folgte die Verlesung der eingelaufenen Mitteilungen. Der von der Mieterliste gewählte Stadtverordnete Kubiaczyk war bekanntlich im Zusammenhang mit seinem Mieterverbandsvorsitz in Strafangelegenheiten verwickelt worden, die jetzt aber zu seinen Gunsten ausgelaufen sind, so daß er in der Versammlung erscheinen wird.

Stadtratswahlen.

Von den Punkten der Tagesordnung, die stark zusammengestrichen worden war, da der Ausschuß die meisten Vorlagen noch nicht spruchreif gemacht hatte, wurde zunächst die Wahl von 6 unbesoldeten Stadträten in besonderen Wahlgängen vorgenommen. Wiedergewählt wurden die Stadträte Cynka (31 von 33 Stimen), Kontrowicz (mit sämtlichen 32 Stimmen) und Robiński (33 von 34). Neuwahl erfolgte für die bisherigen Stadträte Berkan, Glabisz und Wiekliński, deren Nachfolger sind: Dr. Kryzan (30 von 32), Stadtv. Pluciński (26 von 34) und Dr. Łucjan Sokolowski (23 von 34 Stimmen). Die Wahl ging auf Grund einer Verständigung zwischen den drei stärksten Parteien vor sich. Die Sozialisten, von denen Stadtv. Sniady in heftigen Worten dagegen Stellung nahm, daß man es seiner Partei versage, wenigstens einen Vertreter unter den 24 Stadträten zu haben, enthielten sich der Abstimmung und verließen zum Protest den Saal. Sehr interessant war vor dem Auszug die Aeußerung des Sozialistenführers, daß man offenbar eine scharfe Beobachtung der inneren Magistratsgeschäfte befürchte. Die neuen bzw. wiedergewählten Stadträte treten ihr Amt im Oktober an.

Frau Stadtv. Dr. Großman verlangte, daß der Magistrat die im November 1927 bewilligte

Erhöhung der Gehaltsbezüge der Gemeindeschwestern

voll und ganz durchführen solle. Es wurde in dieser Angelegenheit einmütig eine entsprechende Entschließung angenommen.

Die Gemüllabfuhr.

Da die Gebühren für die Deckung der Müllabfuhrkosten keiner Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde bedürfen, hat der Magistrat die seinerzeit beschlossenen Satzungen zurückgezogen und dafür einen Gemeindebeschluß ausgearbeitet, dessen wichtigste Bestimmungen lauten:

Die Höhe der Gemüllabfuhrgebühren wird nach Prozenten vom Jahreszinswert jedes Grundstücks berechnet. Bei Grundstücken ohne festgelegten Zinswert wird der vermutliche Nutzwert des betreffenden Grundstücks als Grundlage für die Veranlagung genommen. Wenn im Laufe des Haushaltsjahres eine unvorhergesehene Zunahme der Ausgaben erfolgt, dann sind die Gemeindekorporationen zu einer entsprechenden Erhöhung der Gebühren ermächtigt. Die Gebühren sind in der städtischen Steuerkasse im voraus in Vierteljahrsraten zahlbar, und zwar im Laufe der ersten 6 Wochen jedes Kalenderquartals."

Zum Schluß der Sitzung kam, nachdem Senator Hedinger als Versammlungsleiter den Bericht über die Tätigkeit des Ausbaukomitees erstattet hatte, die Angelegenheit des

Kaufs eines Grundstücks

in der ul. Stolarska (fr. Bavariastraße) zur Sprache. Es handelt sich hier um ein Fabrikgrundstück der Spółka Stolarska. Der Finanzausschuß hielt die Kaufsumme für zu hoch und wies deshalb das Angebot der Genossenschaft zurück. Die Vollversammlung tat das gleiche. Bemerkenswert war die Mitteilung, daß die Transaktion mit der Firma Stabrowski, über die in einer der letzten Sitzungen beraten worden war, nicht zustande gekommen ist, weil die Firma einen um 75 000 Zloty höheren Kaufpreis von anderer Hand erlangt hatte, als vom Magistrat geboten wurde.

Die Sitzung fand bald ihr Ende, weil die wichtigsten Fragen, wie z. B. der Bau des neuen Stadtkrankenhauses, der Umbau des Teatr Polski und die Angelegenheit der Geschäftsstunden nicht zur Erörterung gelangten. Die letztgenannte Vorlage, die für die Geschäftsweilt von großer Bedeutung ist, spukt schon seit längerer Zeit im Ausschuß herum, ohne zur Erledigung zu kommen. jr.

⚔ **Der Posener Wojewode Graf Dunin-Borkowski** hat Vertreter des Posener Regionalkomitees des Nationalstaatlichen Blocks für Zusammenarbeit mit der Regierung empfangen. Die Delegation wurde von Dr. Surzyński geführt. Es gehörten ihr ferner an: Abg. Ciszak, Dr. Jeszke, Rechtsanwalt Chmielewski, Dr. Gaiński und Redakteur Strauch. Die Delegation trug dem Wojewoden die Erfordernisse der Wojewodschaft auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete vor. In erster Linie wurde die Frage der Arbeitslosigkeit und der Baubewegung berührt.

⚔ **Die gestrigen Fronleichnamsprozessionen** gingen infolge des ungewöhnlich günstigen Wetters bei einem Riesenandrange der katholischen Bevölkerung vonstatten, vormittags 9 Uhr die große Prozession am Dom, die vom Kardinal-Erzbischof Dr. Hlond zelebriert wurde, und nachmittags 6 Uhr die bei der Herz-Jesukirche in Jersitz, bei der der frühere Propst der Gemeinde, jetzige Bischof Radoński, zelebrierte. Die Häuser der Straßen, durch die die Prozessionen gingen, waren mit Girlanden, Kränzen, Fahnen, Teppichen u. dgl. in der üblichen Weise geschmückt.

⚔ **Auszeichnung.** Das Goldene Verdienstkreuz hat der Rechtsanwalt Jaroslaw Gorliński in Ostrowo erhalten.

⚔ **Beschlagnahmt** wurden Nr. 132 „Der Tag" wegen des Artikels „Der Schulterror im polnischen Oberschlesien" und Nr. 258 des „Berliner Lokal-Anzeigers" wegen des Artikels „Für Polen existiert kein Minderheitsrecht".

⚔ **Im Zoologischen Garten** ist ein kanadischer Hirsch zur Welt gekommen.

⚔ **Posener Wochenmarktpreise.** Auf dem heutigen Freitags-Wochenmarkt war der Verkehr bei starker Warenzufuhr lebhaft. Es kostete Tafel- bzw. Molkereibutter 3.20—3.40, Landbutter 2,50 bis 3 zl, Milch kostete 34, Molkereimilch 36 gr das Liter, das Liter Sahne 2.80—3.20 zl, das Pfund Quark 50—60 gr. Die Mandel Eier kostete 2.30 bis 2,50 zl. (Die Angabe über den Eierpreis am Mittwoch mit 2,90 zl beruhte auf einem Druckfehler; es mußte bis 2.60 zl heißen). Auf dem Gemüse- und Obstmarkt kosteten Kirschen das Pfd. 2 zl. Ferner kosteten das Pfund Stachelbeeren 70—80, Kohlrabi 30—50, Aepfel 0,40—1.20, eine frische Gurke 1.30—1.75, das Bündchen Radieschen 15—20, der Kopf Salat 10, das Pfund Rhabarber 35—45, der Kopf Blumenkohl 0.60—1,25, das Pfd. Spargel und zwar Suppenspargel 70—80, Eßspargel 1.40—1.60, Mohrrüben 50, das Bündchen junge Mohrrüben ebenfalls 50 gr, rote Rüben 30, Kohlrüben 10, Spinat 35—40, eine Apfelsine 40 bis 70, eine Zitrone 15—20, Kartoffeln 7, Zwiebeln 50 gr, das Bündchen frische Zwiebeln 20 gr, das Pfund Backpflaumen 1.20 zl, eine saure Gurke 10 bis 15, weiße Bohnen 50, Erbsen 45—50 gr. Auf dem Geflügelmarkt zahlt man für eine Ente 5 bis 8, für ein Huhn 2—4.50, für ein Paar Tauben 1.60—1.80 zl. Auf dem Fleischmarkt kostete das Pfund roher Speck 1.60, Räucherspeck 1.80—2, Schweinefleisch 1.60, Karbonadenfleisch 1.80, Rindfleisch 1.60—2.20, Kalbfleisch bis 1.70, Hammelfleisch 1.60—1.70 zl. Auf dem Fischmarkte notierten Aale mit 2,30—2,50, Hechte mit 1,60—2, Karauschen mit 1.20, Schleie mit 1.80—2, Bleie mit 0.80—1, Barsche mit 0.60—1.20 zl, Weißfische 40—80 gr.

⚔ **Der Naturwissenschaftliche Verein** unternimmt am kommenden Sonntag einen Ausflug nach Hertasee. Abfahrt nach Lopuchowo 7.35 Uhr, Rückfahrt nach Vereinbarung. Gäste willkommen!

⚔ **Kindesaussetzung.** In der Wohnung eines Antonie Niemier, ul. Szamarzewskiego 28 (fr. Kaiser Wilhelmstraße), erschien ein unbekanntes Mädchen, gab sich als Franciszka Romel aus Znin aus und ließ ein ungefähr 8 Monate altes Kind zurück, unter dem Vorwande, daß sie Lebertran kaufen ginge. Sie ist natürlich nicht wiedergekommen.

⚔ **Ueberfallen** wurde auf der Droga Dębińska (fr. Eichwaldstraße) ein Antoni Skwarczewski, wohnhaft ul. Skarbowa 10 (fr. Luisenstraße), von zwei unbekannten Männern, die ihm Mantel, Hut, Stock und eine Geldtasche mit 73 Zloty abnahmen.

⚔ **Besinnungslos auf der Straße aufgefunden** und ins Stadtkrankenhaus geschafft wurde der 59jährige obdachlose Roman Janicki.

⚔ **Festgenommen** wurde eine Zofja Wróbel, wohnhaft Górna Wilda 31 (fr. Kronprinzenstraße), wegen Betrugs.

⚔ **Diebstähle.** Gestohlen wurde einer Walerja Groel, Piekary 4 (fr. Bäckerstraße), aus der Wohnung eine goldene Damenuhr mit ledernem Armband. Beschreibung: Genfer Fabrikat, goldenes Zifferblatt, schwarze Zeiger, schwarze, arabische Ziffern, Wert 500 Zloty.

⚔ **Vom Wetter.** Heut, Freitag, früh waren bei bedecktem Himmel und geringem Regen 14 Grad Wärme.

⚔ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug heut, Freitag, früh +2,18 Meter, gegen +2.14 Meter am Donnerstag und +2.10 Meter am Mittwoch früh.

⚔ **Nachtdienst der Aerzte.** In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte", ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße). Telephon 5555, erteilt.

⚔ **Nachtdienst der Apotheken** vom 2.—8. Juni. Altstadt: Grüne Apotheke, ul. Wrocławska 31 (fr. Breslauer Straße), Rote Apotheke, Stary Rynek 37 (fr. Alter Markt); Jersitz: Stern-Apotheke, Kraszewskiego 12 (fr. Hedwigstraße); Lazarus: Pluciński-Apotheke, ul. Głogowska Nr. 74/75 (fr. Glogauer Straße); Wilda: Kronen-Apotheke, Górna Wilda 61 (fr. Kronprinzenstraße).

⚔ **Rundfunkprogramm** für Sonnabend, 9. Juni. 7—7.15: Frühgymnastik. 13—14: Zeitsignal, Schallplattenmusik. 14—14.15: Börsennotierungen. 14.15 bis 14.30: Pat-Meldungen. 17.05—17.20: Pfadfinderplauderei. 17.20—17.45: Vortrag aus Warschau. 17.45—18.55: Programm für die Allerjüngsten. 18.55—19.15: Dr. Piechocki: Die Landesausstellung. 19.15—19.35: Französisch. 19.35 bis 20: Kapitanczyk: Aus dem Missionsleben. 20 bis 20.15: Wirtschaftsnachrichten. 20.15—22: Heiterer Musikabend (Uebertragung aus der Warschauer Philharmonie). 22—22.20: Zeitsignal, Pat-Meldungen, Wetterdienst. 22.20—22.50: Beiprogramm. 22.50—24: Tanzmusik aus dem „Carlton". 24—0.2: XII. Nachtkonzert der „Philips".

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Vom 9. bis 16. Juni.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, 7½ Uhr: Beichtgelegenheit, 4 Uhr: Große Prozession zum Alten Markt. — Montag, 5 Uhr: Unterstützungsverein, 7 Uhr: Gesellenverein. — Dienstag, 4 Uhr: Frauenbund. — Mittwoch und Donnerstag fällt die hl. Messe und Beichtgelegenheit aus. — Freitag: Herz-Jesu-Fest.

□ **Zabikowo, 7. Juni.** Heute früh am Fronleichnamstage wurde am evangelischen Pfarrhause eine große Fensterscheibe zertrümmert, nachdem gerade die Läden geöffnet waren, innerhalb der Zeit nach dem Pfingstfest die dritte Beschädigung an unseren kirchlichen Gebäuden. Am 2. Pfingsttag wurde gegen Abend zum dritten Mal der Steinzaun gründlich verwüstet und in der Nacht desselben Tages ein buntes Fenster mit Bleiverglasung neben dem Kirchenportal durch einen Stockhieb eingeschlagen. Wissen die Täter auch, wem sie mit diesen andauernden Zerstörungen am meisten schaden?

Aus der Wojewodschaft Posen.

* **Bromberg, 7. Juni.** Der bekannte Einbrecher Gorlas, der die Einbrüche bei dem Juwelier Kaszubowski und vor Jahren bei „Blawat" ausgeführt hat und im vergangenen Jahre durch das Bezirksgericht in Bromberg zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist aus der Irrenanstalt Dziekanka geflüchtet. Während Gorlas sich in dem hiesigen Gefängnis befand, versuchte er bereits einmal einen Ausbruch, der ihm jedoch mißlang. Daraufhin gab er sich den Anschein eines Irren, so daß das Gericht beschloß, ihn zur Untersuchung nach Dziekanka zu schicken.

* **Czarnikau, 7. Juni.** Sein eigenes Kind umgebracht hat Sonntag abend 11 Uhr der Arbeiter Korzeniewski von hier, indem er es in die Netze warf. Korzeniewski ist geisteskrank und wurde verhaftet.

* **Mogilno, 7. Juni.** Schützenkönig wurde Maksymiljan Thiel, 1. Ritter Lisiecki aus Izdeb, 2. Ritter Wojdyla.

* **Storchnest, 6. Juni.** Am Sonntag fand die Konfirmation in der hiesigen evangelischen Kirche von 10 Mädchen und 8 Knaben statt. — Bereits seit längerer Zeit wurde von den Förstern der hiesigen Wälder die Feststellung gemacht, daß hier ein Wilddieb sein Unwesen treibe. Trotz eifriger Nachforschungen gelang es bisher jedoch nicht, den gefährlichen Burschen zu stellen. Bis schließlich in der vergangenen Woche ein glücklicher Zufall zu Hilfe kam, der dazu führte, daß der Wilddieb gefaßt werden konnte. Als sich nämlich die beiden Förster Jähner, Vater und Sohn, auf einer Streife durch den Wald befanden, sahen sie an einer Weggabelung hinter einem Gebüsch einen Mann stehen, der ein seltsam scheues Gebaren an den Tag legte und schließlich im Gestrüpp verschwand. Die beiden Forstleute nahmen die Verfolgung des verdächtigen Individuums auf. Auf einer Waldlichtung fand schließlich Jähner junior ihn anscheinend schlafend im Grase vor. Als sich der Förster bückte, zog dieser plötzlich aus der Rocktasche einen Revolver hervor, in der Absicht auf seinen Verfolger zu schießen. Der junge Forstmann jedoch erwies sich als der Schnellere, stürzte sich geistesgegenwärtig auf den am Boden Liegenden und entriß ihm die Mordwaffe. In

Kirchliche Nachrichten für die Evangelischen Posens.

Kirchenkollekte nach Bestimmung der einzelnen Kirchengemeinde.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. D. Greulich. 11¼: Kindergottesdienst. Derselbe.

St. Petrikirche (Evang. Unitätsgemeinde). Sonntag, 8: Gottesdienst. P. D. Greulich.

St. Paulikirche. 10: Gottesdienst. Geh. Konf.-Rat D. Staemmler. 11½: Kindergottesdienst. Derselbe. — Mittwoch, 8: Bibelstunde. Geh. Konf.-Rat D. Staemmler. — Sonnabend, 3: Voraussichtlich Ausflug des Kindergottesdienstes. — Werktäglich, 7½: Morgenandacht. — Amtswoche: Geh. Konf.-Rat D. Staemmler.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sup. Rhode, danach Kindergottesdienst. Abends 8: Konfirmationsnachfeier. — Mittwoch, 6¼: Bibelstunde.

St. Matthäikirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Stud.-Dir. D. Schneider. 11½: Kindergottesdienst. — Dienstag, 5: Bibelstunde. — Freitag, 4: Altenkaffee. 8: Wochengottesdienst. — Wochentags, 7¼: Morgenandacht. — Kindergottesdienstausflug anstatt Montag am Donnerstag nachm. Abfahrt 2.40 Ausflugsbahnhof.

Sassenheim. Sonntag, 10: Festgottesdienst mit Einsegnung der Konfirmanden. 11½: Beichte und Abendmahl. — Mittwoch, 7½: Jugendversammlung und Bibelstunde.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8: Wochenschluß. P. Sarowy. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Derselbe.

Schwersenz. Sonntag, 3: Gottesdienst. P. D. Greulich.

Ev.-luth. Kirche, Ogrodowa 6. Sonntag, 10: Gottesdienst. 9 in Gnesen: Predigtgottesdienst mit Abendmahl. P. Dr. Hoffmann. — Montag, 4: Religionsunterricht für die älteren Kinder. 8: Zusammenkunft der Herren der Gemeinde im Vereinszimmer (Ogrodowa 6. — Mittwoch, 4: Religionsunterricht für die jüngeren Kinder. — Donnerstag, 3½: Frauenverein.

Evangel. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Vereinsversammlung. — Montag und Mittwoch, 8: Posaunenchor. — Donnerstag, 8: Hauptvereinsabend. — Sonnabend: Rasenspiele auf dem Turnplatz.

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindesaal der Christuskirche, ul. Matejki 42). Am Sonntag, 10. Juni fallen die Stunden aus. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. — Jedermann herzlich eingeladen.

Baptisten-Gemeinde, ul. Przemysłowa 12. Sonntag, 10: Predigt. 11½: Kindergottesdienst. 3: poln. Gottesdienst. 4½: Predigt. — Donnerstag, abends 8: Gebetsandacht.

dem Augenblick kam auch der Vater des Jähner hinzu, und es gelang beiden, den gefährlichen Burschen nach kurzer Gegenwehr dingfest zu machen. Er gestand ein, daß er soeben einen Rehbock niedergeknallt hatte. Nach längerem Sträuben führte er die beiden auch an die Abschußstelle, wo sie den frischgeschossenen Bock noch vorfanden. Wie der Wilddieb, der aus Szulpic bei Rawitsch sein will, zugab, trieb er sich bereits seit mehreren Wochen in den hiesigen Wäldern umher und hat nach eigenen Angaben bereits eine größere Anzahl Rehböcke und anderes Wild geschossen.

* **Usch, 7. Juni.** Schützenkönig wurde Jakob Gapiński, 1. Ritter Konrad Harras, 2. Ritter Andrzej Sawiński.

Sport und Spiel.

Polen—Amerika.

Am Sonntag treffen sich in Warschau die Olympiamannschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika und eine polnische Repräsentation, der wegen des wichtigen Ligaspiels gegen F. C. Katowice die Wartaner fernbleiben mußten. Die Vertreter Polens sind: Domański (Warszawianka), Heydenreich (F. C.), Karasiak (Turyści), Zastawniak (Cracovia), Kotlarczyk (Wisła), Seichter (Polonia), Kubiński (Cracovia), Kuchar (Pogoń), Kaluża und Gintel (Cracovia), Balcer (Wisła). Als Reserve sind aufgestellt: Kisieliński, Bulanow, Krygier, Łańko, Nawrot, Luxemburg, Stogowski und Steuermann.

Argentinien und Uruguay im Finale.

Vor etwa 25 000 Zuschauern trafen sich gestern Italien und Uruguay im Halbfinale der Fußball-Olympiade. Auch in diesem Spiele konnten die exotischen Gäste ihr Temperament nicht zügeln. Fünf Minuten vor Schluß wurde der italienische Mittelstürmer bewußtlos vom Platze getragen. Uruguay siegte knapp 3 : 2. Der zweite Finalist ist Argentinien, das die Aegypter 3 : 0 abfertigte und drauf und dran ist, auch noch den höchsten Lorbeer an sich zu reißen.

Spielplan des Teatr Wielki.

Freitag, den 8. Juni: „Hoffmanns Erzählungen".
Sonnabend, den 9. Juni: „Bote Nr. 6666".
Sonntag, den 10. Juni: „Bote Nr. 6666".
Montag, den 11. Juni: „Zygmunt August".
Dienstag, den 12. Juni: „Madame Butterfly".

Die Abendvorstellungen im Teatr Wielki beginnen um 8 Uhr.

Vorverkauf an Wochentagen im Teatr Polski von 10 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., an Sonn- und Feiertagen nur im Teatr Wielki von 11½ bis 2 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung wird niemand eingelassen.

Wettervoraussage für Sonnabend, 9. Juni.

= Berlin, 8. Juni. Für das mittlere Norddeutschland: Wechselnd wolkig und mäßig warm, mit Neigung zu Niederschlägen. — Für das übrige Deutschland: Ueberall stark wolkig bei wenig veränderten Temperaturen mit Niederschlägen, oft mit Gewitter verbunden.

Bilanz der Bank Polski.

Aktiva.	31. 5. 28	20. 5. 28
Gold in Barren und Münzen	380 376 699.85	380 306 314.09
Gold in Barren und Münzen im Auslande	186 499 227.29	185 010 404.58
Silber nach dem Goldwert	3 237 172.61	3 199 630.15
Valuten, Devisen usw.:		
a) deckungsfähige	539 690 160.28	547 709 378.15
b) andere	212 553 289.30	214 267 245.03
Silber- und Scheidemünzen	5 540 406.51	3 485 354.27
Wechsel	558 283 415.02	545 448 113.88
Lombardforderungen	59 819 923.81	55 782 279.76
Effekten für eigene Rechnung	5 875 602.40	5 695 777.69
Effektenreserve	55 945 700.38	55 950 035.38
Schulden des Staatsschatzes	25 000 000.—	25 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	46 198 760.76	41 841 920.53
	2 099 020 358.21	2 083 696 453.51
Passiva.		
Grundkapital	150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds	94 434 640.—	94 434 640.—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	268 692 608.10	259 730 427.89
b) Restliche Girorechnung	124 409 543.14	162 752 009.83
c) Konto für Silbereinkauf	90 000 000.—	90 000 000.—
d) Staatlicher Kreditfonds	92 313 246.54	92 491 523.43
e) Verschiedene Verpflichtungen	6 999 835.97	5 521 778.08
Notenumlauf	1 132 964 330.—	1 086 944 130.—
Sonderkonto des Staatsschatzes	75 000 000.—	75 000 000.—
Andere Passiva	64 206 154.46	66 821 944.28
	2 099 020 358.21	2 083 696 453.51

Wechseldiskont 8 Proz., Lombardzinsfuss 9 Proz.

Der vorstehende Ausweis per Ultimo Mai zeigt keine grosse Anspannung der Bank Polski, wie sie in den Ultimoabschlüssen der letzten Monate erfolgte. Der **Notenumlauf** erhöhte sich nur um 46.02 Millionen und die gesamte **Kapitalsanlage** in Wechseln, Lombard und Effekten nahm nur um 17.05 auf 679.93 (662.88) Millionen zu, darunter das **Wechselkonto** um 12.84 und die **Lombarddarlehen** um 4.04 Millionen. Auch die Abnahme der **sofort fälligen Verpflichtungen** ist für den Monatsultimo gering. Sie beträgt insgesamt 28.08 Millionen. Die **Privatgiroeinlagen** nahmen um 38.34 Millionen ab, während das **Girokonto des Staates** sich um 8.96 Millionen erhöhte. — Der **Goldbestand im Ausland** erhöhte sich um rund 1.5 Millionen. Besorgnis erregen könnte einzig der allmähliche Abfluss von **deckungsfähigen Devisen**, die sich in der letzten Dekade wiederum um 8.02 Millionen verminderten. Unter Hinzurechnung von 90 Millionen Złoty, die der Bank Polski aus der 10-Millionen-Dollaranleihe der Stadt Warschau zugeflossen sind, betrug der Devisenbestand am Anfang dieses Jahres 777 Millionen. Da in dem vorstehenden Ausweis nur noch ein Bestand von 540 Millionen ausgewiesen wird, hat unsere Notenbank in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 237 Millionen deckungsfähige Devisen eingebüsst. Von dieser Summe sind aber rund 50 Millicnen abzuziehen, um die sich der Goldbestand in dieser Zeit erhöhte. Der reine Verlust, der auf das Konto der passiven Handelsbilanz zu schreiben ist, beträgt also 187 Millionen Złoty. Dieser an sich hohe Betrag gibt aber zu keinen Befürchtungen Anlass, da er durch drei in letzter Zeit abgeschlossene Anleihen fast ganz ausgeglichen wird. Es sind dies die Posener Stadtanleihe mit 500 000 Pfund, die Lodzer Stadtanleihe mit 5 Millionen Dollar und die oberschlesische Anleihe mit 11,2 Millionen Dollar, die zusammen rund 167 Millionen Złoty ergeben.

Das Deckungsverhältnis des Notenumlaufes hat sich entsprechend verringert. Es beträgt die **reine Golddeckung** 50,03 Prozent (52,01 Prozent), die **Deckung durch Gold, Silber und deckungsfähige Devisen** 97,96 Prozent (102,69 Prozent) — womit zum ersten Mal seit der grossen Amerikaanleihe die hundertprozentige Deckung unterschritten wurde — und die **Deckung des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verpflichtungen** beträgt 64,70 Prozent (65,76 Prozent).

Der Umlauf an **Staatskassenscheinen** stellte sich am 20. Mai wie folgt dar (in Klammern der Stand am 10. Mai): **Staatskassenscheine** 112,6 (115.9) Millionen, **Silbermünzen** (1- und 2-Złotystücke) 86.6 (87.5) Millionen, **Nickel- und Bronzemünzen** 55,2 (55,1) Millionen, zusammen 254.4 (258.5).

Handelsnachrichten.

Vereinheitlichung der Passgebühren? Wie die „Nowa Reforma" erfährt, soll sich die Regierung endlich zu einer **Ermässigung** der Passgebühren entschlossen haben. Man denkt, womöglich schon im Herbst d. Js., an die Einführung eines Einheitspasses, der 50 zł kosten soll. Andererseits würden damit die bisherigen Passerleichterungen für Geschäftsreisen, Reisen zu Studienzwecken und dergl. in Fortfall kommen. Es unterliegt keinem Zweifel, dass ein derartiger Abbau der Passchranken auch im Ausland lebhaft begrüsst werden würde.

Die Aufhebung des deutsch-lettländischen Visums wird am 1. Oktober d. Js. in Kraft treten. Der Vertrag ist bereits unterzeichnet worden.

Ueberzeichnung der Oberschlesischen Dollar-Anleihe. Am 5. d. Mts. ist in Neuyork die Auflegung der oberschlesischen Anleihe in Höhe von 11 200 000 Dollar erfolgt. Die Anleihe ist in kurzer Zeit überzeichnet worden. Ein Teil der Anleihe ist in der Schweiz, Schweden, Holland, Frankreich und Polen untergebracht worden. Die Zeichnung des polnischen Anteils dieser Anleihe in Höhe von 200 000 Dollar wird am 11. Juni d. Js. eröffnet werden.

Ein Verband der Röhren-Grossisten Polens (Zrzeszenie Hurtowników Rur Rzpl. Polskiej) ist auf Anregung des früheren [illegible]isters und jetzigen Direktors der Königs- und L[illegible]ahütte, Grodziecki, der an der Spitze des gegen Ende vorigen Jahres gegründeten Verkaufsbüros der polnischen Röhrenwalzwerke steht, gegründet worden. Seine Aufgabe soll die Herbeiführung geregelter Verhältnisse auf dem polnischen Röhrenmarkt und die Schaffung allgemein gültiger Verkaufsnormen für Röhren sein. Zu diesem Zweck ist das ganze Gebiet der Polnischen Republik in 5 Zonen aufgeteilt worden, mit der Massgabe, dass in den verschiedenen Zonen bestimmten Grosshändlern gewisse Vorrechte eingeräumt werden, auf Grund deren sie das ihnen zufallende Gebiet einheitlich mit Ware zu versorgen haben. In jeder Zone setzen die Grossisten im Einverständnis mit dem Verkaufsbüro 4 Kategorien von Abnehmern fest, und zwar 1. Grossinstallateure, 2. Grosskaufleute, 3. alle Kaufleute, die gewerbsmässig und offen mit Röhren handeln (ohne Aufstellung eines Namensverzeichnisses), 4. alle Abnehmer, die nicht unter eine dieser 3 Gruppen fallen. Für jede Abnehmergruppe sind Verkaufspreise festgelegt, die unbedingt eingehalten werden müssen, andernfalls Strafe bzw. völlige Ausschliessung aus dem Verbande droht. Die Preise, die unter Berücksichtigung der Handelsunkosten sowie eines Verdienstes von 5 Prozent kalkuliert werden, gewährleisten einerseits dem Handel einen angemessenen Gewinn und andererseits die Ausschaltung der bisher als sehr störend empfundenen gegenseitigen Konkurrenz.

Die Bielitzer Jute-Industrie ist gegenwärtig recht gut beschäftigt; die Produktion ist bereits bis zum September d. Js. verkauft. Die Preise sind in letzter Zeit um etwa 10 Prozent gestiegen. Bestellungen liegen z. Zt. namentlich seitens der Zuckerfabriken und der chemischen Industrie vor. Für Säcke wurden zuletzt je kg 17—17,5 Pence verlangt.

Märkte.

Getreide. Posen, 8. Juni. Amtliche Notierungen für 100 Kg. in Złoty.

Weizen	51.50— 53.50
Roggen	50.00— 51.50
Weizenmehl (65%)	71.00— 75.00
Roggenmehl (65%)	73.00
Roggenmehl (70%)	71.00
Mahlgerste	47.00— 48.00
Hafer	44.00— 46.00
Weizenkleie	30.50— 31.50
Roggenkleie	34.00— 35.00
Gelbe Lupinen	23.50— 24.50
Blaue Lupinen	22.00— 23.00

Gesamttendenz ruhig.

Weißer Einheitsweizen über Notiz.

Warschau, 6. Juni. Im heutigen Privatgetreidehandel war die Tendenz schwach. Roggen ist im Preise um 0.50 zł gefallen, da das Angebot stärker ist, während die Warschauer Mühlen von Käufen absehen. Roggen frei Waggon 52.50—53, Hafer um 0.50 zł teurer. Andere Artikel unverändert.

Lemberg, 6. Juni. Gehandelt wird weiter hauptsächlich in Roggen und Hafer, wobei besonders das Haferangebot bei steigenden Preisen schwach ist. Sonst ist die Lage im allgemeinen unverändert. Die Tendenz behauptet, die Stimmung ruhig. Börsenpreise: Kleinpolnischer Roggen 47.50—48.50, kleinpolnischer Hafer 44.50—45.50.

Lemberg, 5. Juni. Gehandelt wird hauptsächlich Hafer bei anziehenden Preisen und schwachem Angebot. Auch Mahlgerste, Mais, roter Klee und Mohn konnten im Preise leicht anziehen. Tendenz uneinheitlich, Stimmung ruhig. Börsenpreise: Kleinpolnischer Hafer 44.25—45.25. Marktpreise: Mahlgerste 41—42, Mais 40.50—41, Roggenkleie 30.25 bis 31.25, roter Klee 200—230, blauer Mohn 115—125, grauer Mohn 92—102. Tendenz am Mehlmarkt, besonders für Weizenmehl schwach, für Roggenmehl bei normaler Nachfrage noch behauptet. Weizenmehl 40proz. 92—92.50, 50proz. 84—85, 60proz. 74—75, 70proz. 55—56, Roggenmehl 65proz. 76—77, Weizenkleie 30—30.50, Roggenkleie 31—31.50, Heu 20—26, Lagerstroh 6—10, ungedroschener Klee 27—29.

Krakau, 6. Juni. Notierungen für Waren mittlerer Handelsgüte für 100 kg ohne Gemeindelebensmittelsteuer in Złoty loko Prag: Inlandsroggen 55 bis 56, Domänenhafer 48—49.50, süsses Heu 28—30, mittleres 24—26, bitteres 20—22, Krakauer Weizenmehl 45proz. 87—88, 50proz. 85—86, dunkles Brotmehl 74 bis 75, Krakauer Griesmehl 89—91, Weizenkleie 30.50 bis 31.50, Roggenkleie 31.50—32.50. Der Rest der Preise ist unverändert, die Tendenz ist ruhig, die Zufuhren durchschnittlich, der Umsatz klein.

Berlin, 8. Juni. Getreide- und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. **Weizen:** märk. 261—264, Juli 278, September 270, Oktober 270.25. Tendenz: ruhig. **Roggen:** märk. 277—279, Juli 271.25, September 252.50, Oktober 252.50. Tendenz: kaum stetig. **Gerste:** Sommergerste 248—278. **Hafer:** märk. 260—265. **Mais:** 240—243. **Weizenmehl:** 32.25—36.25. **Roggenmehl:** 36.25—39. **Weizenkleie:** 16.75—17. **Weizenkleiemelasse:** 16.75—17.25. **Roggenkleie:** 18.50. **Viktoriaerbsen:** 50—62. **Kleine Speiseerbsen:** 35—40. **Futtererbsen:** 24.50—26. **Peluschken:** 24—24.50. **Ackerbohnen:** 23—24. **Wicken:** 25—27. **Lupinen, blau:** 14.25—15.50. **Lupinen, gelb:** 16—17. **Seradella, neue:** 23—28. **Rapskuchen:** 18.80—19. **Leinkuchen:** 23—23.60. **Trockenschnitzel:** 15.40 bis 15.60. **Soyaschrot:** 20.60—21.20. **Kartoffelflocken:** 26.50—27.

Produktenbericht. Berlin, 8. Juni. Im hiesigen Weizenmarkt bekundet völlige Unabhängigkeit von den Tendenzschwankungen der überseeischen Märkte. Die heutige Mattigkeit war lediglich durch das anhaltend schleppende Mehlgeschäft bedingt, die Preisrückgänge hielten sich aber in ziemlich mässigen Grenzen, weil das inländische Angebot von Tag zu Tag abnimmt. Mit Geruch behafteter und deshalb ausschliesslich zu Futterzwecken verwendbarer Weizen ist reichlicher offeriert und auch in den Forderungen entgegenkommender. Bei Roggen fehlt Offertenmaterial sowohl in Waggon- wie auch in Kahnware: für den hiesigen Markt ist gegenwärtig Westernroggen, der heute in den Forderungen der ersten und zweiten Hand ermässigt war, sehr günstig. Am Lieferungsmarkte waren die Preise für beide Brotgetreidearten rückgängig, stärkeres Ausmass erreichte die Abschwächung aber nur für Juliweizen. Weizen- und Roggenmehle sind bei unveränderten Mühlenforderungen in schwierigem Geschäft. Am Hafermarkt halten sich Angebot und Nachfrage in engen Grenzen. Gersten liegen sehr still.

Vieh und Fleisch. Posen, 8. Juni. Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 31 Rinder (darunter acht Bullen, 23 Kühe und Färsen), 530 Schweine, 137 Kälber, 71 Schafe und 409 Ferkel, zusammen 1178 Tiere.

Man zahlte für 100 kg Lebendgewicht:

Schweine: vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 222—226, vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 214—216, vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 208—210. fleischige Schweine von mehr als 80 kg 190—200, Sauen und späte Kastrate 180—210.

Das Paar Ferkel kostete 40—55 zł.

Marktverlauf: ruhig.

Eier. Berlin, 5. Juni. Amtliche Notierungen der Berliner Eierbörse für 1 Stück in Pfennigen frei Waggon oder loko Lager Berlin: Vollkommen frische inländische Eier (Trinkeier) gestempelt über 65 gr 13, Klasse A 50 gr 11, Klasse B 53 gr 9½, Klasse C 48 gr 8½, frische Eier Klasse A 10½, Klasse B 9, Klasse C 8, dänische Eier 15½—16 lb. 10½—10¾, grosse Posener Eier 9¼—9½, russische normale 7¼ bis 7½, grosse 8, polnische kleinere und mittlere 6¼ bis 6¾. Gesamttendenz schwach, bei grösserem Angebot aber kleinerer Nachfrage. Die Importeure sind daher gezwungen, die Preise zu ermässigen und einen Teil der Vorräte, um Verlusten vorzubeugen, in den Kühlhallen zu magazinieren. Auch für die nächste Zeit soll die schwache Tendenz andauern.

London, 5. Juni. Auch am hiesigen Eiermarkt ist die Tendenz etwas schwächer, da die Zufuhren jetzt weitaus die Nachfrage übertreffen. Die leichte Abschwächung trifft aber hauptsächlich billigere Sorten. Notiert wird für 120 Stück: Dänische Eier 15½ bis 16 lb. 11.6—11.9 sh., holl. gemischte 12—12.6, polnische blaue 8.6—8.9, rote 7.6, Posener blaue 9.6, mittlere 8, russische schwarze 9—9.3, blaue 8.6, rote 7.6.

Leder. Kattowitz, 6. Juni. Am hiesigen Markt für fertiges Leder hält sich das Geschäft in engen Grenzen, während nur das Dąbrowaer Gebiet lebhaftes Interesse verzeichnen kann. Am besten gefragt und guten Absatz haben hauptsächlich die billigeren und schlechteren Kruppledersorten. Im allgemeinen sind die Preise behauptet, nur für Oberleder sind die Preise um 10—15 gr pro Fuss gestiegen, obwohl rohes Kalbsleder im Preise gefallen ist. Da die Grosshändler schon gut versorgt sind, ist von Geschäft nicht viel zu hören. Wechsel werden mit Rücksicht auf die Bargeldknappheit auch hier sehr ungern angenommen. Für bunte ausländische Leder besteht überhaupt kein Interesse und ab und zu werden Geschäfte unter Selbstkostenpreis abgeschlossen. Die Einfuhr ausländischer Ledersorten hat im Zusammenhang mit der Zollvalorisation und den damit erhöhten Preisen vollkommen aufgehört.

Metalle und Metallwaren. Warschau, 6. Juni. Das Warschauer Handelshaus A. Gepner notiert folgende Richtpreise für 1 kg in Złoty: Bankazinn in Blocks 13, Hüttenblei 1.20, Hüttenzink 1.40, Antimon 2.60, Aluminium 5.10, Zinkblech Grundpreis 1.60, Kupferblech Grundpreis 4.40, Messingblech 3.60—4.50.

(Schlusskurse.) Posener Börse.

Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %:	8. 6.	6. 6.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungs-Anleihe (100 zł.)	66.25B	66.25G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 zł.)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Obligationen der Stadt Posen (100 zł.)	—	—
8% Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.)	97.00G	97.00G
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	54.00G	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.Br. der Posner Ldsch. (1 D-Zentner)	31.00+	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Obligat. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Posener Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	91.00B	—

Tendenz: ruhig.

Industrieaktien.

	8. 6.	6. 6.		8. 6.	6. 6.
Bk. Kw., Pot.	92.00G	—	Hurt. Skór.	—	—
Bk. Przemysl.	0.80G	—	Herzf.-Viktor.	46.50G	48.50B
Bk.Zw.Sp.Zar.	—	90.00B	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P.Bk. Ziemian	—	—	Dr.RomanMay	—	—
Bk. Stadtnag.	—	—	MłynWągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
BrowarGrodz.	—	—	Pap. Bydg.	—	—
Browar Krot.	31.00G	—	Piechcin	—	—
Brzeski-Auto	—	—	Płótno	—	—
Cegielski H.	46.00G	46.50B	P.Sp.Drzewna	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór	—	—	Unja	26.00B	26.00B
Cukr. Zduny	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Goplana	—	—	Wyr.Cer.Krot.	—	—
Gródek Elekt.	—	—	Zar	—	—
Hartwig C.	44.00B	42.00G	Zw. Ctr. Masz.	—	—
H. Kantorow.	—	—			

Tendenz: ruhig.

G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft * = ohne Ums.

Warschauer Börse.

Fest verzinsliche Werte.

	8.6.	6. 6.
5% Dollarprämien-Anleihe II. Serie (5 Doll.)	88.00	88.00
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł.)	67.00	67.00
6% Dollar-Anleihe 1919-20 (100 Doll.)	87.00	86.50
10% Eisenbahn-Anleihe (100 G. Fr.)	104.00	104.00
5% Eisenb.-Konvert.-Anleihe (100 zł.)	62.00	62.00

Industrieaktien.

	8. 6.	6. 6.		8. 6.	6. 6.
Bank Polski	191.00	192.75	Nafta	—	—
Bank Dyskont.	137.00	136.50	Polska Nafta	—	—
Bk. Handl.i.W.	117.00	117.00	Nobel-Stand.	33.00	—
Bk. Zachodni	—	36.50	Cegielski	43.00	46.00
Bk.Zw. Sp.Z.	87.50	88.00	Fitzner	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	37.75	39.25
Puls	—	—	Modrzejów	48.75	49.00
Spiess	162.50	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Zgierz	—	—	Ostrowice	—	128.00
Elektr. Dąbr.	89.00	90.00	Parowozy	45.00	45.50
Elektryczność	—	—	Pocisk	10.75	10.75
P. Tow. Elekt.	—	—	Rohn	—	—
Starachowice	61.00	63.25	Rudzki	51.00	52.50
Brown Bovery	—	—	Stąporków	—	—
Kabel	—	—	Ursus	—	9.75
Siła i Światło	—	—	Zieleniewski	—	—
Chodorów	—	—	Zawiercie	9.75	29.00
Czersk	—	—	Żyrardów	—	—
Częstocice	60.00	—	Borkowski	—	17.00
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow.	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	241.00
W. T. F. Cukru	70.50	71.50	Herbata	—	—
Firley	68.00	68.00	Spirytus	—	39.50
Łazy	—	8.00	Żegluga	—	—
Wysoka	—	173.00	Majewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	—
Węgiel	99.50	—	Lombard	—	—

Tendenz: schwächer.

Amtliche Devisenkurse.

	8. 6. Geld	8. 6. Brief	6. 6. Geld	6. 6. Brief
Amsterdam	358.90	360.70	358.90	360.70
Berlin*)	212.76	213.17	212.77	213.19
Brüssel	—	—	124.11	124.78
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.41	43.6250	43.41	43.63
New-York	8.88	8.92	8.88	8.92
Paris	34.99	35.16	34.97	35.15
Prag	26.35	26.48	26.35	26.48
Rom	—	—	46.86	47.09
Stockholm	238.65	239.85	358.60	359.80
Wien	125.10	125.72	125.09	125.71
Zürich	171.39	172.24	171.42	172.28

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: unverändert.

Danziger Börse.

Amtliche Devisennotierungen

Devisen	8. 6. Geld	8. 6. Brief	6. 6. Geld	6. 6. Brief
London	25.025	—	25.015	—
Newyork	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—
Warschau	57.40	57.54	57.41	57.53
Noten				
Engl. Pfund	—	—	—	—
Dollar	—	—	—	—
Reichsmark	—	—	—	—
Złoty	57.41	57.55	57.44	57.58

Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 8. Juni, 13.30 Uhr. Ausschlaggebende Momente lagen für die heutige Börse nicht vor. Noch im heutigen Vormittagsverkehr war man sich über die Weiterentwicklung der Tendenz nicht im klaren, konnte aber verhältnismässig widerstandsfähige Kurse hören. Der flaue Schluss der Neuyorker Börse wurde ausgeglichen durch die Erleichterung des dortigen Tagesgeldmarktes auf 5½ Prozent und die Mitteilung, dass die befürchtete Diskonterhöhung in Chicago nicht Wirklichkeit geworden ist und vorläufig auch wohl nicht erwartet zu werden braucht. Jedoch schon vor Festsetzung der ersten Kurse wurde die Tendenz auf stärkere Abgaben einer mittleren Privatbank allgemein schwächer. Auch das Publikum, dass durch die Schwankungen der letzten Zeit beunruhigt ist, hatte Verkaufsorders hergelegt. Spezialwerte wie Bemberg und Glanzstoff, Spritwerte, Polyphon, Tietz, Salz Detfurt, Westeregeln, Chadeaktien usw. verloren bis zu 13 Prozent. Eine Ausnahme machten die führenden Gummiwerte, die 20 Prozent über gestern eröffneten, da der überraschend gekommene Dividendenvorschlag von 8 Prozent anregte. Akkumulatoren 3 Prozent höher. Auch im Verlaufe gingen die Kurse weiter zurück. Die schon gestern aufgetauchten Gerüchte von grösseren Dollarkündigungen erwiesen sich als richtig. Verschiedentlich glaubte man auch an eine Erhöhung des Reportgeldsatzes. Ferner trat die Unsicherheit über den Ausgang der heute stattfindenden Verhandlungen beim Reichspräsidenten betreffs der Regierungsbildung zu einer starken Aufnahmeunlust bei. Anleihen zur Schwäche neigend, Ausländer ruhig. Mexikaner etwas fester. Lissaboner Stadtanleihe schwächer. Für Devisen bestand Nachfrage. Der Dollar lag, wie schon vorher erwähnt, fest. Geldmarkt leicht. Tagesgeld 5—7 Prozent und darunter, die übrigen Sätze blieben unverändert. Pfandbriefmarkt nicht einheitlich, jedoch bei nicht grossen Abweichungen. Foncieranteile plus plus und auf 5.90 weiter steigend. Auch nach 1 Uhr blieb die Stimmung schwach, man sprach von Exekutionen der schwach gewordenen Brüsseler Werte.

(Anfangskurse.) Terminpapiere.

	8. 6.	6. 6.		8. 6.	6. 6.
Dt. R.-Bahn	195.00	201.75	Goldschmidt	100.00	101.25
A.G.f.Verkehr	94.12	94.37	Hbg. Elk.-Wk.	160.00	164.25
Hamb. Amer.	165.25	169.50	Harpen. Bgw.	163.50	168.62
Hb.Südam.	208.00	—	Hoesch	144.25	148.00
Hansa	211.25	215.50	Holzmann	—	—
Nordd. Lloyd	157.25	161.50	Ilse Bgbau.	—	272.75
Al.Dt.Kr.Anst.	142.00	143.00	Kaliw. Asch.	—	226.50
Barmer Bank	148.00	151.25	Klöckner	133.00	136.50
Berl.Hls.-Ges.	273.00	278.50	Köln-Neuess.	141.00	145.50
Com.u.Pr.-Bk.	190.00	192.50	Löwe, Ludw.	245.00	253.75
Darmst. Bank	279.00	283.50	Mannesm. *)	145.75	157.75
Deutsch.Bank	170.00	174.00	Mansf. Bergb.	—	123.75
Disc.-Ges.	165.00	169.00	Metallbank	153.75	156.50
Dresdner Bk.	167.50	170.00	Nat. Auto-Fb.	83.50	84.50
Mtdtsch.K.Bk.	209.25	—	Oschl. Eis. Bd.	102.25	107.50
Schulth. Patz.	360.00	374.00	Oschl. Koksw.	103.25	105.50
A. E. G.	182.75	189.00	Orenst. u. Kop.	125.00	—
Bergmann	206.00	215.00	Ostwerke	320.50	331.50
Berl. Msch.-F.	—	129.50	Phönix Bgbau	98.37	99.12
Buderus	87.50	89.75	Rh.Braunkoh.	305.25	314.50
Cop. Hisp. Am.	619.00	636.50	Rh. Elek.-W.	168.00	174.00
Charl. Wasser	129.87	132.50	Rh. Stahlwk.	164.75	172.00
Conti Caoutch.	154.75	146.50	Riebeck	—	—
Daimler-Benz	115.12	117.25	Rütgerswerke	96.00	97.50
Dessauer Gas	204.00	209.37	Salzdetfurth	401.50	421.00
Dt.Erdöl-Ges.	142.50	146.00	Schl. Elek.-W.	248.00	254.50
Dt. Maschinen	54.87	54.50	Schuckt. & Co.	205.50	214.00
Dynam. Nobel	—	141.50	Siem.&Halske	356.25	368.50
El. Lief.-Ges.	174.50	183.00	Tietz, Leonh.	313.00	327.50
El. Licht u.Kr.	231.12	239.25	Transradio	163.00	165.25
Essen. Steink.	130.12	—	Ver.Glanzstoff	735.00	768.00
I. G. Farben	276.12	284.00	Ver. Stahlw.	101.00	102.50
Felten u.Guill.	131.75	135.25	Westeregeln	218.25	227.00
Gelsenk. Bgw.	141.50	143.00	Zellst. Waldh.	303.25	323.75
Ges. f. el. Unt.	282.50	289.50	Otavi	53.12	55.75

	8. 6.	6. 6.
Ablös.-Schuld 1-60 000	51.50	51.62
„ „ 60-90 000	54.20	54.00
Ablös.-Schuld ohne Auslosungsrecht	19.37	19.50

Industrieaktien.

	8. 6.	6. 6.		8. 6.	6. 6.
Accumulator.	168.00	168.50	Laurahütte	77.00	77.25
Adlerwerke	97.00	97.25	Lorenz	158.00	157.75
Aschaffenbrg.	205.50	—	Motor. Deutz	65.00	—
Bemberg	639.50	660.00	Nordd. Wollk.	214.00	223.50
Berger, Tiefb.	—	420.00	Pöge, Eltr.-W.	108.00	111.75
Dt. Kabelwk.	—	74.00	Riedel	40.00	40.50
Dt Wollw.	56.00	56.00	Sachsenwerke	139.00	141.75
Dt. Eisenhd.	78.12	79.25	Sarotti	234.00	238.00
Feldmühle	224.00	229.50	Schl.Bgb.u.Zk	134.50	138.50
Hohenlohe	90.25	91.00	Schl. Textil	—	57.75
Humboldt	—	—	Schub. & Salz.	365.00	373.00
Körting, Gebr.	—	—	Stollb. Zink.	182.00	194.00
Lahmeyer	179.00	180.00			

Tendenz: schwächer.

*) exkl. Dividende.

Amtliche Devisenkurse.

	8. 6. Geld	8. 6. Brief	6. 6. Geld	6. 6. Brief
Buenos Aires	1.782	1.786	1.783	1.787
Canada	4.170	4.178	4.172	4.180
Japan	1.953	1.957	1.958	1.962
Konstantinopel	2.148	2.152	2.151	2.155
London	20.414	20.454	20.414	20.454
New York	4.1815	4.1895	4.1815	4.1895
Rio de Janeiro	0.5015	0.5035	0.502	0.504
Uruguay	4.261	4.269	4.276	4.284
Amsterdam	168.74	169.08	168.71	169.05
Athen	5.415	5.425	5.415	5.425
Brüssel	58.37	58.49	58.33	58.45
Danzig	81.55	81.71	81.13	81.69
Helsingfors	10.522	10.542	10.52	10.54
Italien	22.02	22.06	22.02	22.06
Jugoslawien	7.355	7.369	7.358	7.372
Kopenhagen	112.20	112.42	112.17	112.39
Lissabon	18.33	18.37	18.08	18.12
Oslo	112.01	112.23	111.97	112.19
Paris	16.435	16.475	16.435	16.475
Prag	12.39	12.41	12.389	12.409
Schweiz	80.56	80.72	80.56	80.72
Sofia	3.022	3.028	3.022	3.028
Spanien	69.73	69.87	69.75	69.89
Stockholm	112.19	112.41	112.15	112.37
Budapest	72.97	73.11	72.97	73.11
Wien	58.83	58.95	58.82	58.94
Kairo	20.937	20.977	20.935	20.975
Reykjawik (100 Kronen)	92.16	92.34	92.16	92.34

Notenkurse. Im privaten Bankverkehr zahlte man am 8. Juni für 1 Dollar 8.87—8.88 zł, 1 engl. Pfund 43.34 zł, 100 schweizer Franken 171.08 zł, 100 französische Franken 34.90 zł, 100 deutsche Reichsmark 212.18 zł, 100 Danziger Gulden 173.00 zł.

Der Złoty am 6. Juni 1928. London 43.52, Zürich 58.175, Prag 377.50, Neuyork 11.25, Bukarest 1815, Wien 79.57—79.85.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

sation der Kirche geschaffen." Diese Denkschrift beweist, daß das Ministerium bereits einen Vorschlag der unierten Kirche erhalten hat und denselben als Grundlage zu der endgültigen Regelung dieser Frage benutzen konnte. Das Ministerium sprach jedoch der vorschriftsmäßig einberufenen Synode das Recht, einen ähnlichen Vorschlag zu machen, ab. Deshalb schreibt das Konsistorium weiter: „Die Synode — gestützt auf den geschlossenen Willen der Gemeindeglieder — verbleibt einstimmig bei ihrer Meinung, daß sie zum Bearbeiten einer Verfassung für unsere Kirche berechtigt war. Indem wir das Hohe Ministerium davon in Kenntnis setzen, gestatten wir uns mitzuteilen, daß das Projekt der Verfassung nach endgültiger Redigierung der Regierung zur Verfügung gestellt werden wird." Zur Begründung seiner Stellungnahme schreibt das Konsistorium: „Nach dem Grundgedanken unserer synodalen Kirchenverfassung darf kein Kirchengesetz ohne Zustimmung der Synode in Kraft treten. Obgleich jetzt infolge der Aenderung der politischen Grenzen die Generalsynode als gesetzgebendes Organ nicht in betracht kommt, so gestatten wir uns anderer Meinung zu sein, als das Ministerium, daß an die Stelle der Generalsynode kein staatliches Organ treten kann. Es müßte vielmehr auf ihre Stelle im natürlichen Wege die Provinzialsynode in betracht kommen. In jedem Falle erhebt unsere evangelisch-unierte Kirche darauf Anspruch, wie es auch bis jetzt der Fall war, daß sie eine höchste Synode dieselben Vollmachten besitzt, wie sie jedem nach den heutigen Begriffen vom Wesen der Kirche unabhängigen Kirchenorgan zustehen."

Somit entspricht es nicht der Tatsache, was hier vom Herrn Abg. Olulicz ausgeführt wurde, daß die unierte Kirche eine Staatskirche war und keine rechtliche Vertretung aufzuweisen hatte, und daß ihr deshalb die gesetzgebende Synode aufgezwungen werden mußte.

In den Briefen, die der Herr Minister hier als Dankschreiben erwähnt hatte, sind diese Vorbehalte unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Somit war meine Behauptung, daß die Synode der evangelisch-unierten Kirche gegen deren Willen einberufen und vollständig überflüssig ist, ganz den Tatsachen entsprechend. Ich appelliere noch einmal an den Herrn Minister, er möchte doch endlich die Regelung des Verhältnisses aller evangelischen Kirchen zum Staate auf die Tagesordnung bringen und dafür sorgen, daß sie die Möglichkeit erhalten, ihre ordentlichen Synoden einzuberufen und das Leben in ihren Gemeinden selbständig in die normalen Bahnen zu lenken.

Richtigstellung.

In dem Teil der Rede des Abg. Utta, die wir in der Nummer vom 7. Juni abdrucken, hat sich ein wesentlicher Fehler eingeschlichen, und zwar war nicht die Unterschrift des Schulkuratoriums gefälscht, sondern richtig muß es heißen, daß die Unterschrift des Schulvormunds gefälscht war.

Große Senatsrede Mussolinis.

Trockene Sachlichkeit. — „Polen hat eine große politische Rolle zu spielen".

Rom, 5. Juni. Die heutige Rede Mussolinis vor dem Senat über außenpolitische Dinge war die umfangreichste, die der Duce bisher überhaupt gehalten hat und stellt fast einen umständlichen Rechenschaftsbericht dar, den er geschäftsmäßig vom Blatt ablas. Zu betonen ist, daß polemische Töne mit Ausnahme vielleicht der Südslawien betreffenden Stellen ganz vermieden wurden und meist fast trockene Sachlichkeit vorherrschte.

Mussolini betonte, daß Italien zwar auf Rüstungen im Interesse seiner Sicherheit nicht verzichten kann, auch nicht auf eine militärische oder moralische Vorbereitung seiner Jugend, daß es aber nur friedliche Ziele verfolge. Gegen Deutschland klangen seine Töne freundlicher, als bei früheren Gelegenheiten, obwohl er das deutsche Interesse für Südtirol als eine Einmischung in die italienische Innenpolitik bezeichnete. Was Frankreich anlange, so habe dieses in der Nachkriegszeit die Forderungen Italiens nicht wohlwollend aufgenommen. Zurzeit habe sich die Lage um vieles gebessert. Als strittige Punkte nannte er die Stellung Italiens in Tanger, die Frage der Italiener in Tunis und die Berichtigung der Westgrenze von Tripolis. Andere Fragen habe man zurückgestellt, um das Gelingen dieser Verhandlungen nicht zu gefährden. In der Besprechung der Beziehungen zu Spanien unterstrich Mussolini, daß Spanien wieder eine Rolle in der europäischen und Weltpolitik zu spielen sich anschicke, und erklärte, daß nicht nur dank der Aehnlichkeit der Regierungsform, sondern aus noch tieferen Gründen die Beziehungen zwischen den beiden großen Mittelmeernationen ausgezeichnet seien und, da sich nicht das geringste trennend zwischen sie stelle, noch enger werden könnten. — Ueber die Beziehungen zur Schweiz gab Mussolini eine förmliche Erklärung über die Einstellung Italiens gegenüber dem Kanton Tessin ab. Italien hat ein grundlegendes Interesse an dem Bestehen einer vollkommen unabhängigen und neutralen Schweiz. Hinsichtlich des Kantons Tessin, der seiner Bevölkerung, seiner Sprache und seinen Sitten nach italienisch ist, ist es ebenfalls ein grundlegendes Interesse Italiens, daß dieser Kanton als fest verbundenes und verbindendes Glied innerhalb der Eidgenossenschaft bleibt. Gegen Südslawien sprach Mussolini nicht ohne Warnung. Zwischen beiden Staaten könne keine Gleichgültigkeit, sondern nur Freundschaft oder Feindschaft bestehen. Mussolini wies auf die italienfeindlichen Reden südslawischer Politiker und auf die jüngsten Ausschreitungen hin, die nur der Opposition gegen die Nettuno-Verträge und nicht den angeblichen Herausforderungen in Zara entsprungen seien, und rief Südslawien zu: Seid klug und vorsichtig, denn es frommt euch, mit Italien nicht Feindschaft, sondern Freundschaft zu haben!

In bezug auf

Polen

äußerte sich der Duce dahin: „Dieser große Staat, der nach dem Kriege konsolidiert in die Arena getreten ist, wächst mit jedem Tage an politischen, wirtschaftlichen und moralischen Kräften. **Italien ist mit Polen durch keine politischen Verträge verbunden,** und es war auch während es letzten Besuchs des Ministers Zaleski in Rom keine Rede von solchen Verträgen. Das Zusammentreffen ist aber sehr nützlich gewesen, weil bei dieser Gelegenheit festgestellt wurde, daß für beide Staaten Möglichkeiten für eine gemeinsame Aktion, natürlich Friedensaktion, bestehen. Polen und Italien haben in bestimmten Richtungen und für gewisse Eventualitäten viele Anlässe für ein in der Folge sehr fruchtbares dauerndes Zusammenwirken. **Polen hat eine große politische Rolle zu spielen.**"

Im zweiten Teil seiner Rede behandelte Mussolini ausführlich die allgemeinen Fragen der auswärtigen Politik und beschäftigte sich zunächst mit den Friedensverträgen. **Kein Vertrag,** so führte er u. a. aus, **ist endgültig,** denn die Welt schreitet vorwärts. Die Friedensverträge sind heilig, sie sind der Abschluß einer Zeit ungeheurer Opfer und großer Leidenschaft, **aber sie sind nicht das Werk menschlicher Gerechtigkeit,** sondern das Erzeugnis menschlichen Geistes. Niemand kann behaupten, daß die Friedensverträge ein vollkommenes Werk sind. Es sind in ihnen Bestimmungen territorialer, kolonialer, finanzieller und sozialer Art enthalten, die unter dem Gesichtspunkt von Verbesserungen erörtert werden können. Alsdann sprach Mussolini über die Entschädigungs- und Schuldenfrage. Er sprach den Wunsch aus, man möchte unter das historische Kapitel, das die Ueberschrift „Reparationen" trage, das Wort „Ende" setzen. Dies würde der europäischen und der Weltwirtschaft zum Vorteil gereichen.

Eisenbahn- und Sozialdebatte im Sejm.

Warschau, 6. Juni. In der 18. Sejmsitzung wurde zunächst das Budget des Verkehrsministeriums erörtert. Es referierte zunächst Abg. Kaczanowski von den Sozialisten. Es sei im allgemeinen eine bedeutende Entwicklung des polnischen Eisenbahnwesens festzustellen, und die Rentabilität hätte bereits 3 Prozent erreicht, was eine erfreuliche Tatsache sei, da die durchschnittliche Rentabilität vor dem Kriege ungefähr 4 Prozent betragen habe und nur in Deutschland höher gewesen sei. Abg. Bryla spricht sich über die Kommerzialisierung der Eisenbahnen aus, und für Abänderungsvorschläge über die Aufbesserung der Existenz der Eisenbahner. Abg. Chądziński vom rechten Flügel der Nationalen Arbeiterpartei erklärt, daß ein besonderes Besoldungsgesetz für die Eisenbahnangestellten nötig wäre. Abg. Sołański vom Regierungsblock sagt, daß die polnischen Eisenbahnen gleich nach der Wiederaufrichtung des Staates hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hätten, daß aber die Rentabilität in der ersten Zeit damit nicht Schritt gehalten habe. Erst in den beiden letzten Jahren sei eine Besserung eingetreten. Abg. Kurylowicz von der P. P. S. erklärt, daß die Eisenbahnangestellten durch die Verringerung ihrer Bezüge in den beiden letzten Jahren erheblich zur Vergrößerung der Eisenbahneinnahmen beigetragen hätten. Wenn das Ministerium keine Deckung für die Aufbesserung der Löhne und Gehälter habe, so sei der Vorschlag auf Bewilligung von Investitionen in Höhe von 2 Millionen Zloty eine übertriebene Forderung. Man solle doch lieber weniger investieren und dafür das Eisenbahnpersonal besser bezahlen. Redner beantragte deshalb eine Erhöhung der Löhne und Gehälter bei den Eisenbahnen um von 25 Prozent. Abg. Sobolewski vom Regierungsblock sagt, daß die Ausführungen der Oppositionsredner wohl sachlich und ruhig gewesen wären, während die Berichterstattung selbst anders beurteilt werden müßte. Der Referent hätte die Grenzen für die Berichterstatter überschritten und seine Arbeit sei ein Anklageakt gegen das Ministerium. Er habe kein einziges Wort der Anerkennung gefunden, und wenn auch nur die Hälfte seiner Vorwürfe begründet wäre, würde niemand zögern, den Minister in Anklagezustand zu versetzen. Zum Schluß appelliert der Redner an den Verkehrsminister, dahin zu wirken, daß gute Beziehungen zwischen dem Ministerium und der polnischen Presse bestehen. Bestimmte Ersparnisse seien begreiflich, aber man müsse auf der anderen Seite berücksichtigen, daß die Presse in Polen einer gewissen Unterstützung bedürfe. (Zuruf: Handelt es sich um Inserate?). Nein, es handelt sich vor allem um freie Bahnfahrt für Berufsjournalisten. Minister Romocki führte aus, daß er in der Personalpolitik danach strebe, fachlich ausgebildete Angestellte zu haben, die stolz auf ihre Arbeit und gut besoldet werden. Im Falle eines Krieges würden sie die größte Hilfe für die Armee bedeuten. Der Berichterstatter Kaczanowski sagte, er hätte nicht angenommen, daß sein durchaus sachlicher Bericht eine solche Polemik hervorrufen würde. Man müsse schon psychisch ganz besonders eingestellt sein, um in seinem Bericht Parteilichkeit zu erblicken.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach Abg. Pragier von der P. P. S. als Referent zum Budget des Arbeitsministeriums. Er führte u. a. aus: „Das Budget des Arbeitsministerium ist sehr spärlich. Wenn eine erhebliche Erhöhung der Kredite nicht gefordert wird, so geschieht es deshalb, weil die betreffenden Ausgaben nicht plötzlich gesteigert werden können, sondern der Apparat der Arbeitsverwaltung systematisch gebaut werden muß. Was die Sozialversicherungen betrifft, so muß die Dualität der Kontrolle aufgehoben werden. Es ist mit Freuden festzustellen, daß die Bauernvertreter in der Kommission, hauptsächlich die Wyzwolenie, schon recht viel Verständnis für die Sozialversicherungsfrage gezeigt haben. Was die Ausgaben für die Arbeitslosen betrifft, so kann kaum ein Viertel oder ein Drittel der Arbeitslosen die Wohltaten des Gesetzes genießen. Es stellt sich heraus, daß der Haushaltsrahmen des Ministeriums nur auf Kosten der Arbeitslosen, denen keine Beihilfen werden erteilt werden könen, etwas erweitert werden konnte. Das zeugt davon, wie sehr dieses Budget im allgemeinen Haushaltsvoranschlag des Staates am letzten Ende figuriert.

Warschau, 8. Juni. In der Mittwochsitzung der Haushaltskommission des Senats wurde das Budget des Verkehrsministeriums erörtert. Das Referat hielt Senator Przybylski. Minister Romocki trug die Lage des Eisenbahnwesens in Polen vor.

Abg. Zieliński vom Regierungsblock sprach die Ansicht aus, daß das Arbeitsministerium die Zeit der gesetzgebenden Berechtigungen der Regierung habe auszunutzen verstanden. Der Referent hätte mit Recht jedoch darauf hingewiesen, daß das Fehlen eines Gesetzes über die Altersversicherung eine große Lücke in der Gesetzgebung bilde. Ein solcher Gesetzentwurf sei bereits Gegenstand ministerieller Erörterungen. In letzter Zeit habe das Ministerium auf gesetzgebendem Gebiete soziale Faktoren zur Mitarbeit berufen. Es sei zu wünschen, daß auch andere Ministerien denselben Weg beschreiten. Was die Krankenkassen betrifft, so sei dahin zu arbeiten, daß sie von jeglichen parteipolitischen Einflüssen, die die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen herabsetzen, befreit würden. Aus dem Bericht des Ministeriums gehe hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen seit dem Mai 1926 in zwei Jahren von 163 000 auf 144 000 gesunken ist. Das sei ein Resultat der Stabilisierung des Wirtschaftslebens und der Regierungspolitik. Das augenblickliche Invalidengesetz entspreche nicht den Bedürfnissen. Die Regierung müsse für eine baldige Novellisierung dieses Gesetzes Sorge tragen. Es müsse auf die Kommunalverbände ein Druck ausgeübt werden, daß sie den Verpflichtungen, die sich aus den gesetzlichen Bestimmungen über die soziale Fürsorge ergeben, strikter nachkämen. Abg. Zulawski von der P. P. S.: „Trotz der Sentenz des Marschall Pilsudski über den Wettlauf der Arbeit wird die Wichtigkeit des Arbeitsproblems in Polen nicht richtig eingeschätzt. Erschreckend ist nicht so sehr die Spärlichkeit des Budgets, sondern vielmehr der Umstand, daß es zu anderen Staatsausgaben nicht im richtigen Verhältnis steht und von Jahr zu Jahr abnimmt. Aus dem Bericht der Enquetekommission, der gestern erschienen ist, geht hervor, daß 65 Prozent der Bergleute unter 200 Zloty verdienen, während zugleich die Gehälter von gewissen Beamten und Direktoren zwischen 2000 und 30 000 Zloty schwanken. Im Vergleich zu anderen Staaten sind die Löhne bei uns niedriger, obwohl die Ertragbarkeit in Polen größer ist. Die Arbeitslosigkeit schmilzt nur in der amtlichen Statistik.

Deutsches Reich.

Sozialdemokratie und Regierungsbildung.

Köln, 6. Juni. Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der in Köln getagt hat, faßte nach mehrstündiger Beratung folgenden Beschluß: „In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleitet."

Steinwürfe auf die Berliner italienische Botschaft.

Berlin, 6. Juni. Heute abend wurden im Hause der italienischen Botschaft in der Viktoriastraße von unbekannten Personen, die in einem Auto vorfuhren, fünf Fensterscheiben eingeworfen. Schutz für die Botschaft und für das Konsulat ist sofort gestellt worden. Die polizeilichen Ermittelungen sind eingeleitet.

Berlin, 6. Juni. Von den deutschen Behörden ist dem italienischen Botschafter das Bedauern über den Vorfall bereits ausgesprochen worden. Sowohl das Botschaftsgebäude in der Viktoriastraße wie das italienische Generalkonsulat in der Tiergartenstraße haben Schutz durch uniformierte Polizei und Kriminalbeamte erhalten. Die Vermutung, daß es sich um Ausschreitungen kommunistischer Elemente handelt, wird durch die „Rote Fahne" bestätigt, die selbst mitteilt, daß es kommunistische Gruppen gewesen seien, die gegen die in Italien gegen Kommunisten verhängten Zuchthausurteile demonstrieren wollten.

Aus anderen Ländern.

Einbruch in das deutsche Generalkonsulat in Memel.

Memel, 7. Juni. In der Nacht drangen Einbrecher in die Paßstelle des deutschen Generalkonsulats in Memel ein und durchwühlten die Behälter und Schubläden. Den Tätern fiel ein kleiner Geldbetrag in die Hände. Aktenmaterial, Stempel usw. wurden nicht gestohlen. Die Ermittlungen sind im Gange.

„Citta di Milano" verkehrt drahtlos mit der Italia?

Oslo, 8. Juni. (R.) Wie aus Kingsbay gemeldet wird, hat die Funkstation auf der „Citta di Milano" am Donnerstag früh ganz schwache Funksprüche aufgefangen, die nach dem Urteil der Sachverständigen unbedingt von dem Funker an Bord der „Italia" stammen müssen. Allem Anschein nach gingen die Funksprüche von Franz-Joseph-Land aus, doch waren sie so schwach, daß keine genauere Verständigung möglich war. Die „Citta di Milano" bat daher, die Funksprüche um 17 Uhr zu wiederholen. Tatsächlich wurden auch dann am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr erneut Funksprüche aufgefangen. Doch waren die atmosphärischen Verhältnisse wieder so ungünstig, daß eine Entzifferung unmöglich war. Von der „Citta di Milano" aus werden alle Anstrengungen gemacht, um die Verbindung wiederherzustellen. **Man glaubt jetzt fest damit rechnen zu können, daß Nobile und seine Mannschaft sich noch am Leben befinden.**

Peking besetzt — Tschangtsolin lebt noch

London, 6. Juni. Die „British United Preß" meldet aus Schanghai, daß die Truppen der Provinz Schansi unter dem Befehl des Generals Hsuyungtschang in Peking eingezogen sind. Ihre Haltung sei gut. Auch die sich zurückziehenden mandschurischen Truppen hielten im allgemeinen Disziplin. General Yen erklärte der Presse, daß in Peking lediglich Schutztruppen verbleiben würden, die den Garnisondienst versehen sollen. Aus seinen Verhandlungen mit dem französischen und dem englischen Gesandten habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Mächte seinen Truppen keine Schwierigkeiten bereiten würden. Alle alten Beamten Tschangtsolins, die den Grundsätzen Sunjatsens folgen und einen Eid darauf leisten wollen, sollen in ihren Stellungen bleiben. Die Nankingregierung beabsichtigt, gegen die ehemaligen Minister der Pekinger Regierung ein Verfahren wegen Veruntreuung einzuleiten.

Tokio, 6. Juni. Der Kriegsminister teilt mit, daß das Befinden Tschangtsolins ernst sei, er sei aber noch am Leben.

Standrecht in Peking.

London, 8. Juni. (R.) „Times" melden aus Peking: Hier herrscht Standrecht. Die Stadtmauern sind geschlossen. Seit 5 Tagen sind keine Züge und keine Post eingetroffen. Die Telegraphen- und Telephonverbindung ist unterbrochen. Eine Gruppe Ausländer, die aus Tientsin im Kraftwagen eingetroffen ist, wurde unterwegs beschossen. Sie entkamen mit knapper Not. Der Wagen ist von Schüssen durchsiebt. Die Stadt und Umgebung sind ruhig.

Die letzten Telegramme.

Tsingtau geräumt.

London, 8. Juni. (R.) Die chinesischen Nordtruppen haben Tsingtau geräumt.

Mozarts Zauberflöte in Paris.

Paris, 8. Juni. (R.) Die gestern in deutscher Sprache veranstaltete Aufführung von Mozarts „Zauberflöte", die im Rahmen des internationalen unter Leitung von Prof. Bruno Walter stehenden Mozart-Zyklus erfolgt ist, darf als ein großer Triumph der deutschen Kunst bezeichnet werden. Wiederholt hat das zahlreich erschienene Publikum Prof. Walter stürmische Ovationen dargebracht.

Das gelbe Fieber in Rio de Janeiro.

London, 8. Juni. (R.) Einer „Times"-Meldung zufolge sind dort 7 Fälle von gelbem Fieber festgestellt worden, von denen 4 tödlich verlaufen sind.

Verbotene Straßendemonstrationen.

Berlin, 8. Juni. (R.) Der Polizeipräsident hat aus Anlaß der heutigen Amnestie-Kundgebung sämtliche Straßendemonstrationen verboten.

Wieder eine Umsturzbewegung in Portugal aufgedeckt.

London, 8. Juni. (R.) Wie aus Lissabon gemeldet wird, hat die Polizei eine Verschwörung zum Sturze der Republik aufgedeckt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und schon einige Verschwörer in die Verbannung geschickt.

Eine Schülertragödie in München.

München, 8. Juni. (R.) In der Nacht vom Donnerstag hat in München in der Wohnung seiner Eltern ein 18jähriger Postbeamtensohn mit seinem 17jährigen Freunde, beide Schüler der Oberrealschule, durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord begangen. Was die Schüler in den Tod getrieben hat, ist noch unaufgeklärt.

Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs in den Pariser Vororten.

Paris, 8. Juni. (R.) Der Teilstreik der kommunistischen Angestellten der Pariser Verkehrsbetriebe führte gestern abend zur Lahmlegung des Straßenbahnverkehrs in den östlichen Vororten.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Hauptschriftleiter: Robert Styra (beurlaubt).
Verantwortlich für den politischen Teil: Johannes Senftleben. Für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr. Für die Teile Aus Stadt und Land, Gerichtssaal und Briefkasten: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": i. V. Guido Baehr. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z o. o. Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtliche in Posen, Zwierzyniecka 6.